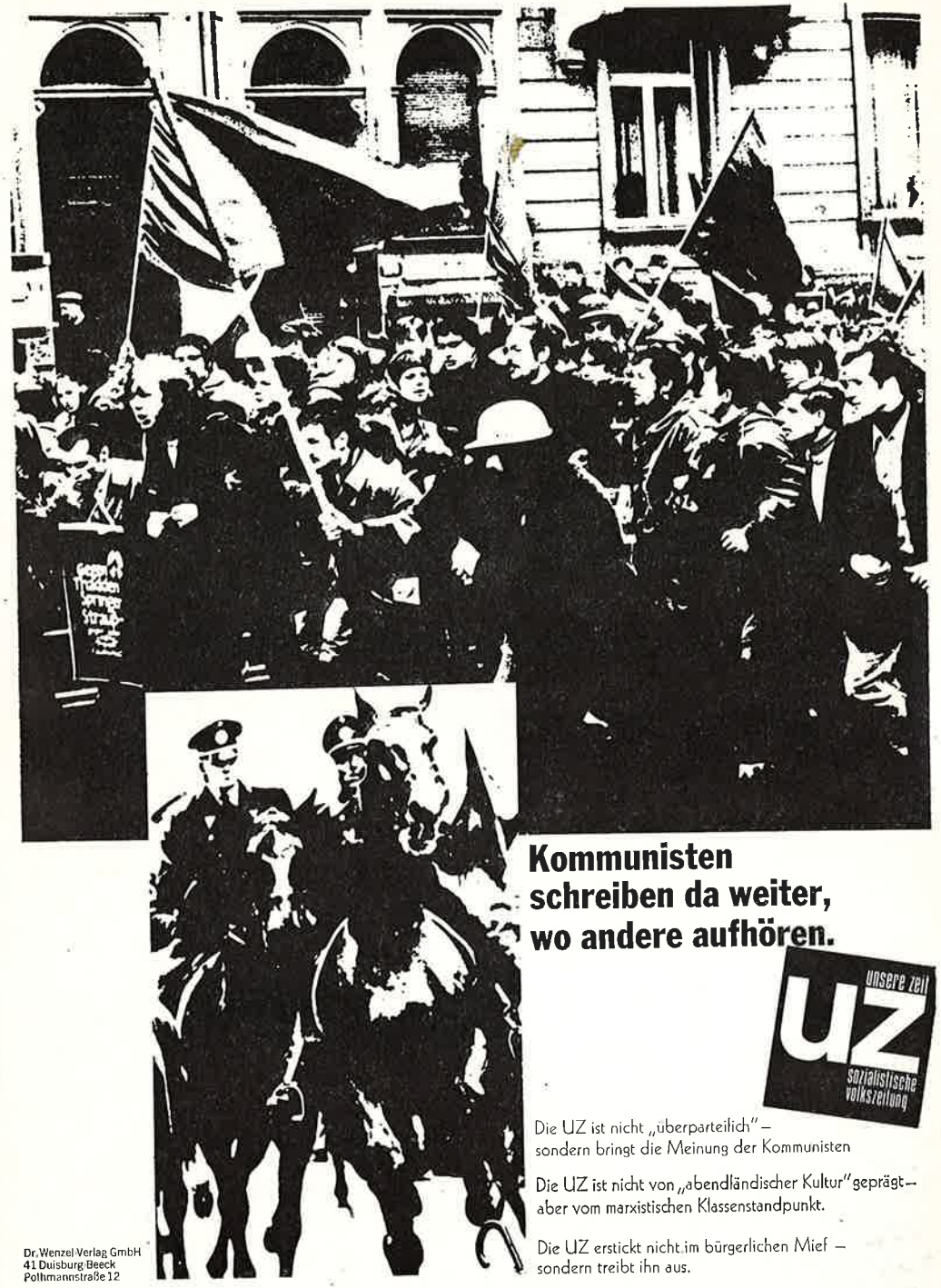
FACIT

Nr. 18 DM 1,–

Intelligenz und Arbeiterklasse



Kommunisten schreiben da weiter, wo andere aufhören.

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

Die UZ ist nicht „überparteilich" – sondern bringt die Meinung der Kommunisten

Die UZ ist nicht von „abendländischer Kultur" geprägt – aber vom marxistischen Klassenstandpunkt.

Die UZ erstickt nicht im bürgerlichen Mief – sondern treibt ihn aus.

Dr. Wenzel Verlag GmbH
41 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

Inhalt

		Seite
	Zum Thema	3
Frank Deppe, Hellmuth Lange, Lothar Peter	Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der „neuen Arbeiterklasse"	5
Christof K. Kievenheim	Zur Ideologie und Organisation der technischen Intelligenz in der BRD	15
Hellmut Hesselbarth	Aufbruch der „Vorproletarier" – Zur Soziologie der Studenten	25
Oskar Neumann	Falsch programmiert – Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus	33
Rezensionen		39
Dokumente	Politbüro der FKP zu Garaudy	43
	Rede vor Studenten über Parteidisziplin (Kuba)	44
	Über das Verhältnis der SEW zur studentischen Bewegung und zur Intelligenz	46

Impressum

März 1970

facit – Zeitschrift marxistischer Studenten

Redaktion: Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Christof K. Kievenheim, Michael Kohnen, Werner Loch, Michael Maercks, Peter Schöttler, Christoph Strawe (verantwortlich)

Anschrift für Vertrieb, Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln 1, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Politische Bücher im Pahl-Rugenstein Verlag

Wilhelm M. Breuer / Bernd Hartmann / Herbert Lederer
Revolution in Lateinamerika
220 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,80

Robert Steigerwald
Herbert Marcuses „Dritter Weg"
376 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,80

Eberhard Czichon
Der Bankier und die Macht
Hermann Josef Abs in der deutschen Politik
330 Seiten, glanzkartoniert, DM 14,—

Wilfried von Bredow
Entscheidung des Gewissens
Kriegsdienstverweigerer heute
168 Seiten, glanzkartoniert, DM 12,80

Wilhelm Raimund Beyer
Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács
ca. 200 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,60

Sammlung Junge Wissenschaft
Friedhelm Nyssen
Schule im Kapitalismus
Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule
176 Seiten, glanzkartoniert, DM 22,80

Wilfried v. Bredow
Der Primat militärischen Denkens
Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit
172 Seiten, glanzkartoniert, DM 28,50

Schriften des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS)
Hannes Heer (Hrsgb.)
Institutsreform. Modelle studentischer Mitbestimmung
112 Seiten, kartoniert, DM 4,50

Thomas Kieselbach / Peter Marwedel (Hrsgb.)
Emanzipation oder Disziplinierung
149 Seiten, kartoniert, DM 4,50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN · BARBAROSSAPLATZ 2

Zum Thema

Immer kürzer werden die Zeitabstände, in denen neue Investitionen vorgenommen werden; aber eine noch kürzere Lebensdauer zeichnet ihren technischen Standard aus. Nicht nur die automatisierte Produktion überhaupt ist das Ziel, sondern eine durch die Automation bewirkte Maximierung des Güterausstoßes, um im Rahmen der staatsmonopolistischen Konkurrenz die Stückkosten niedrig zu halten. Damit hat sich gleichzeitig die soziale Struktur der arbeitenden Klasse, der Lohnabhängigen, verändert: die manuelle Tätigkeit tritt mehr und mehr zurück; denn die Lenkung der hochkomplexen Produktionsprozesse erfordert technologisches Verständnis von wachsendem Ausmaß. Parallel dazu verlangt die Steuerung technisch perfekter und aufwendiger Produktion, sowohl der innermonopolistischen als auch der staatsmonopolistischen Planung einen höheren Stellenwert einzuräumen als je zuvor. Spezialisten werden ausgebildet, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Sie arbeiten ebenso auftragsgemäß wie der Produktionsingenieur, da beiden prinzipiell die gleichen Ziele vorgegeben sind. Schließlich bedarf ein reibungsloser Ablauf der materiell, d. h. kapitalistisch determinierten gesamtgesellschaftlichen Prozesse eines steigenden angepaßten Verhaltens, verdinglichten Bewußtseins. „Sozialingenieure", ausgebildet in vorgestanzten Manipulationswissenschaften, die nicht nach dem „Warum" fragen, haben den Auftrag, für nachhaltige Anpassung zu sorgen. Sie sind mithin ebenso abhängig wie die anderen Vertreter der sozialen Schicht „Intelligenz". Doch wissen sie, daß sie damit als Ausgebeutete ebenso zur kapitalistischen Mehrwertbildung und -aneignung beitragen wie der „traditionell" beschäftigte Arbeiter auch? Denken sie daran schon als Studenten? Antwort auf diese Fragen im Zusammenhang mit der heutigen kapitalistischen Ökonomie geben die Beiträge dieses Hefts, wobei den ideologischen Faktoren ein besonderes Gewicht verliehen wird.

Vom Standpunkt der marxistischen Soziologie aus erläutern die Autoren, wo die „Intelligenz" im Reproduktionsprozeß eigentlich steht, welche falschen Einschätzungen ihrer Rolle vorgenommen werden, wie die Bourgeoisie versucht, sie vom antimonopolistischen Kampf der Arbeiterklasse fernzuhalten. Natürlich konnten – allein schon aus Platzgründen – nicht alle wesentlichen Aspekte dieses weitgespannten Problemkreises analytisch durchleuchtet werden. Beabsichtigt ist, die Diskussion über dieses Thema erneut in Gang zu setzen, nachdem vor einigen Jahren besonders von französischen Theoretikern Wichtiges, aber auch Korrekturbedürftiges dazu gesagt wurde. Jenem Vorhaben unterziehen sich im folgenden Frank Deppe/ Hellmuth Lange/Lothar Peter. Ihre Argumentation richtet sich vor allem gegen die ideologische Verselbständigung der „Intelligenz", der dadurch praktisch eine politische Überfunktion zuerkannt wird. Die von dem allgemeinen gesellschaftlichen Klassenkonflikt „Kapital" versus „Arbeit" abstrahierende Betrachtung, gegen die sich Deppe/Lange/Peter wenden, auferlegt der „Intelligenz" eine Rolle, die sie objektiv nicht spielt, subjektiv nie erfüllen kann. Christof Kievenheim geht exemplarisch der organisierten ideologischen Beeinflussung nach, die durch im Dienste der Unternehmerwirtschaft tätige Verbände auf die „Intelligenz" ausgeübt wird. Ihnen geht es darum, ein elitäres Bewußtsein zu züchten, das die Angehörigen der „Intelligenz" zum einen gegen die emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse immunisieren soll, was auf der anderen Seite ihre bewußtseinsmäßige Herauslösung aus eben dieser Klasse voraussetzt. Daß die wissenschaftlich-technische Revolution keineswegs systemindifferent ist, konkretisiert Oskar Neumann durch einen Vergleich ihrer Zielsetzungen im Sozialismus und Kapitalismus. Ausschlaggebend sind die Eigentumsverhältnisse im Produktionsmittelsektor, da sie darüber entscheiden, in wessem Interesse die zukunftweisende Technologie eingesetzt wird. Hellmut Hesselbarth umreißt die Situation der Studenten im staatsmonopolistischen Formierungsgefüge, ihre „vorproletarische" Stellung, die Voraussetzungen ihres Kampfes, die dabei gemachten Fehler, aber auch ihre tendenziell antikapitalistische Funktion.

Thema des Heftes ist also der Widerspruch, in dem sich die „Intelligenz" befindet: in ihrer überwiegenden Mehrheit objektiv zur Arbeiterklasse zählend, wähnt sie sich subjektiv über ihr stehend.

Die Redaktion

AGITPROP

auf Pläne-Platten

Neuerscheinungen

Ça ira

Dieter Süverkrüp singt Lieder der französischen Revolution
30-cm-LP/stereo mit Textbeilage
Bestell-Nr. S 11101, DM 19,–

Opposition, Opposition!

Texte von Kurt Tucholsky
gesungen und gesprochen von Hanns Ernst Jäger
30-cm-LP/stereo
Bestell-Nr. S 44201, DM 19,–

Konzertierte Reaktion

oder Zustände wie im neuen Athen
Songs – Satiren – Sarkasmen
Kabarett im Alleingang von und mit Dietrich Kittner aus dem Club Voltaire Hannover, live
30-cm-LP/stereo
Bestell-Nr. S 33301, DM 19,–

pläne-platten erhalten Sie im Buch- und Schallplattenhandel oder direkt vom

Verlag pläne GmbH, 46 Dortmund, Humboldtstraße 12

Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der „neuen Arbeiterklasse"

Hellmuth Lange Lothar Peter Frank Deppe

In der BRD fehlt es seit Jahren an kritischen Untersuchungen über die Lage der Arbeiterklasse und die Inhalte ihres politischen Bewußtseins. Selbst die letzte ernst zu nehmende Studie – „Das Gesellschaftsbild der Arbeiter" von Popitz/Bahrdt/Jüres/Kesting [1] –, die insofern über die anderen Studien hinausgeht, als sie nicht nach einzelnen „Zufriedenheiten" (Lohn-, Wohn-, Arbeitszufriedenheit u. ä.), sondern nach den Vorstellungen über die Gesellschaft und deren „Verortung" innerhalb der Gesellschaft fragt, verharrt bei der subjektiven Reproduktion von Vorstellungen, ohne diese mit den objektiven Verhältnissen der westdeutschen Nachkriegsentwicklung zu vermitteln. Eine Analyse der möglichen Bewußtseinsentwicklung und -veränderung ist auf dieser methodischen Grundlage kaum möglich. Warum sind die meisten Arbeiter pessimistisch? Warum sind nur wenige optimistisch? Welche Rolle spielen bei der Ausbildung des gesellschaftlichen Bewußtseins die unterschiedlichen Erfahrungsbereiche wie Arbeitssphäre, Familie, Wohnbereich, Massenmedien, politische und gewerkschaftliche Erfahrungen usw.? Die Begrenztheit der wissenschaftlichen und politischen Fragestellung spiegelt auch die Schranken der politischen Verhältnisse wider. Unter den Bedingungen eines militanten Antikommunismus, der für das politische Klima in der BRD bis heute bestimmend geblieben ist, reduziert sich das wissenschaftliche und politische Interesse an der Arbeiterschaft auf die unsinnige Frage: Gibt es noch ein Proletariat? [2] Daran knüpft sich die zweite und bislang noch immer dominierende Frage: Ist die Arbeiterschaft in die – angeblich „pluralistisch" organisierte – kapitalistische Gesellschaft integriert?

Es liegt nahe, daß sich unter dem allgemeinen politischen Legitimierungsdruck die sozialistischen Kräfte auf die Beantwortung dieser Fragen konzentrieren und die Beantwortung von anderen – unter Umständen politisch wichtigeren – Fragen vernachlässigen, so daß sie sich schließlich selbst in eine Ecke hineinmanövriert haben, die ihnen – genau besehen – das bürgerliche Lager zugewiesen hat.

Es ist erstens weniger wichtig, zum hundersten Male zu beweisen, daß es ein Proletariat gibt, als exakt zu beschreiben, wer zum Proletariat gehört, wodurch sich seine verschiedenen Fraktionen unterscheiden und wer seine möglichen Bündnispartner sind. Und es ist auch weniger wichtig, zum wiederholten Male darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterschaft trotz aller entgegenstehenden Beteuerungen nicht verbürgerlicht und integriert ist, als genau nachzuweisen, von welcher Qualität die Integrationstendenzen sind und wie sie unterlaufen werden können.

Solange diese Fragen nicht analysiert sind, bleibt die Bestimmung der politischen Zielgruppen – auch für die politische Praxis und Strategie – ungenau. Man wird mit Losungen arbeiten, die zwar von vielen zustimmend zur Kenntnis genommen werden, mit denen sich aber nur wenige soweit identifizieren, daß sie bereit wären, die angesprochenen Ziele auch zu erkämpfen. Schließlich wird man auch schwerlich die Gefahr überwinden, falsche Schwerpunkte in der Bündnispolitik zu setzen, wichtige Teile der Arbeiterklasse zu Bündnispartnern zu degradieren und damit nicht nur an ihren realen Interessen vorbeizugehen, sondern auch ihre gesellschaftliche Perspektive, den Sozialismus, aus dem Auge zu verlieren und bedeutende Teile der Arbeiterklasse aus der Strategie des antiimperialistischen Kampfes auszuklammern.

[1] Tübingen, 1956.
[2] Vergl. M. Feuersenger (Hrsg.): Gibt es noch ein Proletariat, Frankfurt/M. 1965.

Anders als z. B. in Frankreich fehlt es in der BRD denn auch bis in die jüngste Zeit hinein an einer öffentlich geführten Diskussion über die Notwendigkeit, die Strategie der Arbeiterbewegung mit der technisch-wissenschaftlichen Revolution zu vermitteln.[3]) Freilich bestehen zwischen den politischen und geschichtlichen Bedingungen in der BRD und in Frankreich wesentliche Unterschiede, die zunächst kurz dargestellt werden sollen.

1. Die französische Situation und die Theorie der „neuen Arbeiterklasse"

Die französische Arbeiterbewegung war nicht gezwungen – zum einen durch ihre zentrale Bedeutung in der Résistance, zum anderen durch ihre reale gesellschaftliche Präsenz als Massenbewegung – nach dem Kriege ihre theoretischen Grundlagen zu widerrufen, wie es in der Bundesrepublik geschah. Deshalb kann sie sich auch heute noch trotz integrativer Tendenzen, drohender Bürokratisierung und Entfremdung der Organisationsapparate von den Massen an den Grundkategorien sozialistischer Theorie orientieren.

Die Wirkungen dieses Tatbestandes beeinflußten die Theoriebildung der sich für das Proletariat engagierenden bürgerlichen Intelligenz. Während in der Bundesrepublik die wissenschaftliche Konfrontation mit dem Marxismus über Jahre hinaus stagnierte und allenfalls ein geistesgeschichtliches Randproblem darstellte, beeinflußte die sozialistische Theorie in Frankreich die wissenschaftliche Forschung auf allen Gebieten, insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften. Gleichzeitig führte dieser theoretische Vermittlungsprozeß vor allem an den Universitäten zu einer praktisch-politischen Mobilisierung der Intelligenz.

Weiterhin haben philosophische und wissenschaftstheoretische Tendenzen – wie z. B. der Existentialismus und der Strukturalismus –, die sich jedoch im Widerspruch zum Marxismus entwickelten, den theoretischen und strategischen Überlegungen zur Lage und Perspektive der Arbeiterklasse im organisierten Kapitalismus neue Impulse verliehen.

[3]) Wichtige Ansätze sind hier: Willi Gerns: in Marxistische Blätter, H. 5/1969, S. 54 ff., Heinz Jung: Neuer Mittelstand oder neue Arbeiterklasse, in Alternativen der Opposition, hrsg. von F. Hitzer und R. Opitz, Köln 1969, S. 289 ff., weiterhin in der DDR: Helmut Steiner: Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967.

Tendieren soziologische Untersuchungen und theoretische Arbeiten in der Bundesrepublik, die sich auf die Lage der arbeitenden Klassen beziehen, fast immer entweder zur positivistisch-empirischen Bestandsaufnahme oder zu allgemeinen, für die gewerkschaftliche und politische Praxis kaum verwertbaren Pauschaldefinitionen des gesellschaftlichen Systems, so gehen in Frankreich Erkenntnisse, Resultate und Vorschläge aus der theoretischen Diskussion wieder in die konkrete politische und gewerkschaftliche Praxis der Arbeiterbewegung ein.

Im Verlauf der in Frankreich und Italien längst vor dem Mai begonnenen Diskussion, die über die Erörterung der Automationsprobleme unter rein materiellen Aspekten hinausging, entwickelten sich theoretische Positionen, welche die Wechselbeziehungen zwischen modernem Produktionsprozeß und möglichem Klassenbewußtsein zu einer offensiven gewerkschaftlichen Strategie zusammenfaßten. Mit dieser offensiven Strategie verbindet sich der Begriff der „Neuen Arbeiterklasse".

In seiner 1963 erschienenen Studie „la nouvelle classe ouvrière" versuchte Serge Mallet den Begriff der „Neuen Arbeiterklasse" am Beispiel von Einzeluntersuchungen zu konkretisieren und aus den von ihm ermittelten Resultaten Schlüsse für eine sozialistische Strategie der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus zu ziehen.

Ausgehend von einer Entwicklung des Kapitalismus, die er in drei Hauptphasen unterteilt, gelangte Mallet zu einer Bestimmung der Arbeiterklasse, deren veränderte Situation im Bereich der industriellen Produktion neue Formen von Klassenbewußtsein erzeuge. Nach Mallet wurde der Kapitalismus durch eine Phase eingeleitet, in der die Produktion vorwiegend auf einzelnen, nicht kooperierenden Gruppen handwerklicher Arbeiter beruhte. Diese Phase ging in die Phase der industriellen Massenproduktion über, welche bereits große Arbeits- und Produktionseinheiten voraussetzte und den Typus des traditionellen Fabrikarbeiters sowie die Massen unqualifizierter Arbeiter (industrielle Reservearmeen) hervorbrachte. Verband sich die Erfahrung des Widerspruchs, sowohl Ausgebeuteter als auch Produzent des gesellschaftlichen Reichtums zu sein, im Bewußtsein des handwerklichen Arbei-

Die siegreichen Vier!

S 68/11

Sie sind unerhört schnell. Obwohl keine Stoppuhr sie treibt. Sie sind sehr berühmt. Obwohl keine Zeitung auf Seite 1 über sie berichtet.

Schnell, wenn es darum geht, durstigen Kehlen Erfrischung zu bringen. Darum sind unsere vier Siegreichen auch so beliebt.

Fanta Sprite Cappy TRINK Coca-Cola Coke

COCA-COLA koffeinhaltig köstlich erfrischend

COCA-COLA, COKE, FANTA, CAPPY und SPRITE sind eingetragene Warenzeichen.

H. & J. Schmitz, Köln-Zollstock · Vorgebirgstraße 112 · Ruf 38 05 83

Abfüllung und Alleinvertrieb für Köln-Stadt und Land sowie Kreis Bergheim

ters zu dem für ihn spezifischen berufsbezogenen Klassenbewußtsein, so basierte das Klassenbewußtsein des industriellen Lohnarbeiters der zweiten kapitalistischen Phase im wesentlichen auf der Erfahrung der Ausbeutung und der ungleichen Verteilung der produzierten G ü t e r. Im Verlauf der Nivellierung unterschiedlicher beruflicher Tätigkeiten durch maschinelle Vereinheitlichung des Produktionsvorgangs bildete sich ein kollektives Klassenbewußtsein heraus, dessen Grundlage nicht länger die individuelle Tätigkeit und Produktivität sein konnte. Dem entsprach in der zweiten kapitalistischen Phase eine Verlagerung der Klassenauseinandersetzung von den Produktionsstätten auf den politischen durch Parteien geführten Kampf der Arbeiterbewegung, während sich gleichzeitig die Funktion der Gewerkschaften auf materielle Verbesserungen der sozialen Situation der Arbeiter reduzierte. Waren die Gewerkschaften ehedem vor allem Berufsgewerkschaften, die den Berufsstatus ihrer Mitglieder verteidigten, so wurden sie in der zweiten Periode des industriellen Kapitalismus zu zentralisierten Massenorganisationen, deren Hauptaufgabe in der Hebung des Lohnniveaus, also im Kampf gegen die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums bestand. In der von Mallet bezeichneten dritten Phase vollzog sich gleichsam die Synthese aus den beiden vorangegangenen Entwicklungsstadien. Durch technologischen Fortschritt und Einführung der Automation setzte sich die Homogenisierung der industriellen Produktion fort. Der hochqualifizierte Arbeiter, Techniker oder technische Angestellte erlangt Funktionen, die ihn die Bedeutung seiner Arbeit bewußt werden lassen. So ermöglicht die Struktur und Bedingtheit der Arbeit für die ebengenannte beruflich hochqualifizierte Schicht der Arbeiterklasse, die Mallet „Neue Arbeiterklasse" nennt, ein Klassenbewußtsein, das die progressiven Momente der beiden zurückliegenden Phasen, nämlich zum einen das Bewußtsein der Produktivität und der beruflichen Funktion, zum anderen das Kollektivbewußtsein der in Massengewerkschaften und Parteien organisierten Arbeiterschaft im Stadium industrieller Massenfabrikation, auf höherer gesellschaftlicher Stufe in sich aufnehmen kann.

Im Gegensatz zur Auffassung der kommunistischen Partei Frankreichs, die weniger eine politisch relevante Differenzierung innerhalb der modernen Arbeiterklasse als vielmehr die prinzipielle Interessenseinheit aller Arbeitenden hervorhebt, betont Mallet die Notwendigkeit, die modernen durch Technologisierung und Automation entstandenen Arbeitsbeziehungen und ihre Relevanz für die Artikulierung eines differenzierten Klasseninteresses zu untersuchen. Zunächst bestimmt sich für Mallet die Neue Arbeiterklasse objektiv durch das Verhältnis zwischen dem gesamten Produktionsprozeß und der wachsenden Bedeutung jener Spezialfunktionen, die der hochentwickelte Produktionsprozeß in zunehmendem Maße erfordert. „Die moderne Industrie bewirkt die Entstehung eines neuen Arbeitertyps, der hochspezialisiert ist und von dem man ein hohes Niveau der allgemeinen und technischen Bildung verlangt." Neben der Bedeutung ihrer Arbeitsfunktionen und dem Charakter neuer Arbeitsbeziehungen definiert sich die „Neue Arbeiterklasse", durch eine von Mallet als „objektive Integration" bezeichnete Tendenz in den Betrieben. Deren Hauptmerkmale sind:

1. die Integration auf der Lohnebene (Entlohnung nicht nach individueller Leistung, sondern nach dem kalkulierten Wert der Funktion im Produktionsvorgang)

2. die Integration auf der Ebene der beruflichen Ausbildung (z. B. Kenntnis mehrerer unterschiedlicher Maschinen)

3. die Integration auf der Ebene der Sicherung des Arbeitsplatzes (relative Sicherheit des Arbeitsplatzes durch Qualifikation, die eine dauerhafte Bindung an den Betrieb begründet).

Den Arbeitsbedingungen und der sozialen, nicht durch extremen Mangel determinierten Situation entspricht nach Mallet ein verändertes Klassenbewußtsein der „Neuen Arbeiterklasse". Es resultiert nicht mehr primär aus der Erfahrung direkter materieller Ausbeutung, sondern aus der konkreten Einsicht in den Widerspruch zwischen möglicher rationaler Entfaltung der Produktivkräfte und ihrer tatsächlichen Beschränkung und Verzögerung durch die bestehenden Produktionsverhältnisse. Da sich die Erfahrung dieses Widerspruchs an der Basis der Produktion

– in den Betrieben – vollziehe (z. B. Überkapazitäten, Fehlplanung technischer, finanzieller und personeller Art, Lehrlauf in der Verwaltung etc.), prognostiziert Mallet eine neue Frontenbildung des Klassenkampfes: „Wir beobachten, wie sich neben dem politischen Kampf der Parteien und dem Kampf der Gewerkschaften für wirtschaftliche Verbesserungen im säkularen Kampf zwischen Kapital und Arbeit eine dritte Front bildet. Es handelt sich um die ökonomische Front, an der die Arbeiterbewegung das kapitalistische System bekämpft, und zwar nicht, indem sie von politischen oder sozialen Forderungen ausgeht, sondern indem sie praktisch die Unfähigkeit des Systems angreift, eine ununterbrochene und harmonische Entwicklung der Produktivkräfte zu garantieren."

2. Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse in der BRD

Die Auseinandersetzung mit dem von Mallet formulierten Theorem der „Neuen Arbeiterklasse" muß auf zwei Ebenen ansetzen:

Zum einen müssen – besonders für die Situation in der BRD – die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution dargestellt und kritisch untersucht werden.

Zum anderen müssen aus dieser Analyse, die politischen Schlußfolgerungen, die Mallet zieht, kritisch überprüft werden.

Dabei ist zunächst zu fragen, wie sich die technologischen Veränderungen auf die konkrete Arbeitssituation der betroffenen Arbeiter und Angestellten auswirken. Nur innerhalb dieses Rahmens, der auch die Veränderungen in der Situation der „alten Arbeiterklasse" berücksichtigt, lassen sich sinnvolle wissenschaftliche und politische Aussagen über die „neue Arbeiterklasse" entwickeln.

Aus der vorliegenden, westdeutschen Literatur zu den sozialen Folgen der Automation und des technischen Fortschritts lassen sich die folgenden, ersten Ergebnisse ermitteln:

„Es konnte ... nachgewiesen werden, daß der Verwaltungssektor, also der überwiegende Tätigkeitsbereich der Angestellten, sich in einer ständigen Ausdehnung befindet. Dagegen ist der Sektor der Arbeiter in einem offenbar weiter kontinuierlichen Abbau begriffen. Die Entwicklungstendenzen sprechen dafür, daß der Verwaltungssektor zu Lasten des Produktionssektors, wie in einigen Industriezweigen bereits geschehen, in den kommenden Jahren über die 30 %-Grenze bis zur 40 %-Grenze und darüber hinaus steigen wird." [4])

Dieser quantitativ gefaßte Prozeß ist jedoch keineswegs als Ausdruck eines generellen Qualifizierungsprozesses zu verstehen. Die zur Verfügung stehenden Studien sprechen vielmehr übereinstimmend von einem überwiegenden Trend zur Entqualifizierung der Arbeit im Produktionssektor. Da dieser, „jedenfalls in der Mechanisierungsphase, gegenüber dem Instandhaltungssektor seine beschäftigungsmäßig dominierende Rolle behalten" [5]) wird und letzterer damit selten mehr als 10–20 % der Beschäftigten des weiteren Produktionssektors umfaßt, kann weder von einer gegenwärtigen noch von einer in absehbarer Zeit bevorstehenden generellen Qualifizierung der Industriearbeit die Rede sein. Die Entwicklung wird zunächst eher auf eine weitere Trennung zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit hinauslaufen. So ist denn auch die Folgerung B r i d i e r s nicht von der Hand zu weisen:

[4]) Soziale Probleme der Automation in Bayern, hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium f. Arbeit u. Soziale Fürsorge, (1969), S. 221.
[5]) Ebenda.

Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM
Fahrstunde 9,45 DM
Ein Begriff für Studierende
FAHRSCHULE
HELMIN
Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16
Fahrstunde 9,45 DM
Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM

„Der vielseitig ausgebildete, kollektive Arbeiter, den Serge Mallet in der automatisierten Fabrik zu entdecken glaubt, ist ein Produkt illusionärer Abstraktion. Was heißt schon ‚kollektiv', wenn nach wie vor die einen denken und die anderen Hand anlegen müssen?" [6])

Das gleiche gilt in ähnlicher Form auch für die Büroarbeit – vielleicht mit Ausnahme der Forschung, der Entwicklung und der Konstruktion. Inwieweit nicht auch diese Bereiche schließlich in dem Maße wie sie sich vergrößern – und von einer Vergrößerung ist auszugehen – ganz analog dem Bereich der Wartung und Instandsetzung rationalisierbar werden, bleibt zunächst einmal offen.

Das bedeutet: Es ist nicht gerechtfertigt, die Qualifikationsanforderungen, die Formen der Arbeitsorganisation und die Kooperationsformen, wie sie sich in größerem Ausmaße im Bereich der Wartung und Instandsetzung beobachten lassen, als Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung zu verstehen, die sich sukzessive in alle übrigen Bereiche der Industrie ausbreitete. Mallets These, derzufolge die künftig vorherrschenden Strukturen sich bereits jetzt in „embrionaler" Form in den technisch fortgeschrittensten Industrien beobachten lassen, hat nur Gültigkeit, wenn sie berücksichtigt, daß die zunehmende Qualifizierung der Arbeit, die sich in einzelnen Bereichen der Unternehmen beobachten läßt – wenigstens zunächst – mit einer Entqualifizierung der Arbeit in anderen Bereichen desselben fortgeschrittenen Unternehmens verbunden ist.

Daraus ergibt sich natürlich die Frage, inwieweit Mallets politische Folgerungen unter diesen Bedingungen noch haltbar sind.
Zweifel ergeben sich jedoch nicht nur in bezug auf die unterstellte Entwicklung im Verhältnis der „alten" zur „neuen Arbeiterklasse", sondern auch in bezug auf die „neue Arbeiterklasse" selbst. Nach Mallet zielt die Entwicklung der Arbeit im Tätigkeitsbereich der „neuen Arbeiterklasse" auf die Entfaltung der „synthetischen, kollektiven und polyvalenten Arbeit". Seiner Ansicht nach treten demgegenüber die Formen der segmentierten und parzellierten Arbeit mit stark repetitivem Charakter, wie sie die frühe Phase der Mechanisierung kennzeichnen, zurück.

[6]) M. Bridier, Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie?, in: Neue Kritik 36/37, S. 42 ff.

Es fragt sich, ob nicht auch hier Beobachtungen, die in der Wartung und Instandsetzung zutreffen, auf andere Bereiche übertragen worden sind, ohne daß dies den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Darüber hinaus bleibt zweifelhaft, ob die Situation der Techniker und Ingenieure in Wartung und Instandsetzung richtig gesehen wurde.

Um die komplizierter werdenden Anlagen warten und instandsetzen zu können, sind zweifellos hohe Qualifikationen erforderlich. Diese Qualifikationen gestatten den Beschäftigten in der Regel den Abschluß vorteilhafter Arbeitsverträge, die mit einer entsprechenden Sicherheit der Arbeitsplätze verbunden sind. Sie begünstigen weiterhin die Bildung eines ausgeprägten Selbstbewußtseins, welches durch die relativ autonome Entscheidungskompetenz am Arbeitsplatz noch verstärkt wird. Das Bewußtsein eines vollzogenen sozialen Aufstiegs vom Arbeiter zum Techniker oder gar zum Ingenieur wirkt sich ebenfalls in diese Richtung aus. Mit anderen Worten: Die Berufs- und Arbeitssituation großer Teile der „technischen Intelligenz" ist dazu angetan, bei diesen ein relativ ausgeprägtes arbeitsbezogenes Selbstbewußtsein entstehen zu lassen, ein Selbstbewußtsein zu dem der traditionelle Industriearbeiter nur in Ausnahmefällen gelangte: wenn sich der Einzelne in der solidarischen Aktion einer Mehrheit seiner Stärke bewußt wurde. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieses Selbstbewußtsein jedoch als gefährdet; die „objektive Integration" ist geringer als Mallet annimmt.

Der unter den Bedingungen der weltweiten Konkurrenz gebotene, immer raschere Umschlag des Kapitals bedingt eine fortwährende Revolutionierung der Produktionstechniken. Daraus ergibt sich eine ständige Einschränkung der Verwendbarkeit einmal erreichter Qualifikationen. Auf diese Weise geraten die Träger dieser Qualifikationen häufig in eine außerordentlich unsichere Situation.

Die erste Generation von Technikern rekrutierte sich im wesentlichen aus dem Kreis der Facharbeiter, die es verstanden hatten, sich innerhalb des Betriebes weiter zu qualifizieren. Bei der Umstellung auf neue Anlagen hatten sie bereits ein relativ hohes Durchschnittsalter und waren weder gewillt noch in großem Umfang fähig, sich einer neuerlichen Qualifi-

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Neuerscheinungen in der Reihe „Marxismus aktuell" des Verlages Marxistische Blätter GmbH:

Friedemann Schuster
Die Septemberstreiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
128 Seiten, glanzkartoniert, 3,– DM

Der Band enthält eine Darstellung und Analyse der Septemberstreiks in der Bundesrepublik. Der Autor untersucht darin die Ursachen des Streiks im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD. Er gibt einen Überblick über den Streikverlauf, analysiert das Verhalten der Gewerkschaften, Unternehmen und Parteispitzen, führt den Nachweis: Auf den Arbeiter kommt es in der Gesellschaft an!

Robert Fahrle / Peter Schöttler
Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
242 Seiten, glanzkartoniert, 5,– DM

Die Autoren untersuchen in diesem Buch an Hand konkreter Fakten und Tatsachen die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse der Volksrepublik China. Sie behandeln im einzelnen die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft bis zur Errichtung der Volksrepublik, den Aufbau des Sozialismus in China und die „Chinesierung" des Marxismus, gehen ein auf die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, antworten auf die oft gestellte Frage: Wohin führt der Weg Chinas?

Spätkapitalismus ohne Perspektive
Herausgegeben von einem
Autorenkollektiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts unter Leitung von Lutz Maier
Etwa 400 Seiten, glanzkartoniert, ca. 9,– DM, erscheint Ende Februar 1970

„Wer – Wen?" ist die herausfordernde Frage der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse an die historisch zum Abtreten verurteilte kapitalistische Ordnung. „Wer – Wen?" in Deutschland – unter diesem Aspekt wird eine differenzierte Analyse der Klassenverhältnisse der BRD, der Kampfbedingungen der demokratischen und sozialistischen Kräfte insgesamt und für die wesentlichen Bereiche der Gesellschaft vorgelegt.

Bestellungen sind zu richten an den Buchhandel oder Verlag

VMB

VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 FRANKFURT AM MAIN · MEISENGASSE 11

zierungsprozedur zu unterwerfen. Diese Kräfte wurden auf andere, weniger lukrative Arbeitsplätze versetzt, wenn nicht gar entlassen. An ihre Stelle traten jüngere Kräfte, deren Spezialisierung auf Grund der Eigenart der jeweiligen Maschinerie erst innerhalb des Betriebes ausgebildet wurde. Einer auch hier sich anbahnenden Deklassierung durch Überalterung der erworbenen Qualifikation bzw. Spezialisierung konnten diese Beschäftigten zunächst entgehen, in dem sie von sich aus den Betrieb verließen und versuchten, ihre Spezialisierung anderweitig zu verkaufen, falls es ihnen nicht gelang, sich unter Auffrischung ihres Grundwissens im Rahmen betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen auf die neuen Erfordernisse einzustellen.

Zu Weiterbildungsmaßnahmen, die von den Unternehmen finanziert werden, ist allerdings zu sagen, daß sie sich im allgemeinen mit dem Erreichen kurzfristiger Requalifizierung zufrieden geben und damit das Problem nicht einmal ansatzweise zu lösen vermögen. Solange es sich mit den Anforderungen der zu betreuenden Maschine vereinbaren läßt, werden die Kräfte immer wieder neu angelernt. Auf diese Weise gelangen sie nie bis zu dem Punkt, an dem sie die Maschinen verstehen. Folglich gewinnen sie auch nie die berufliche Autonomie, von der Mallet spricht; sie bleiben der Maschine ausgeliefert und sind weiterhin auf die Hilfe von Qualifizierteren angewiesen. Die Bereitschaft der Unternehmen, die Kosten für die Weiterbildung und Umschulung der Beschäftigten zu tragen, wird im übrigen wesentlich von der Arbeitsmarktlage bestimmt.

Daraus ergibt sich, daß in der Wartung und Instandsetzung die Gruppe derer, die über eine breit angelegte technische Allgemeinbildung und bedeutende Spezialkenntnisse verfügen, und die auf Grund dieser Qualifikationen in relativ sicheren Positionen arbeiten – trotz des enormen Anwachsens der technischen Angestellten – relativ klein sein dürfte. Das wird sich zunächst auch noch nicht ändern, zumal sich herausgestellt hat, daß die Zahl der Techniker in den Industriezweigen, in denen die technischen Angestellten schon relativ früh eine Rolle spielten, deutlich langsamer gewachsen ist als in den Branchen, die erst in letzter Zeit einen größeren Bedarf an Technikern und Ingenieuren entwickelt haben, so daß sich insgesamt die Wachstumskurve abflachen könnte.

In diesen Verhältnissen drückt sich deutlich der Widerspruch zwischen privatem Verschleiß der Arbeitskräfte und der vorwiegend öffentlichen Finanzierung der Kosten für die Ausbildung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit dieser Arbeitskräfte aus. Dieser Widerspruch umfaßt auch die Sicherheit der Arbeitsplätze. Selbst wenn es den höher qualifizierten tatsächlich gelingt, länger befristete Arbeitsverträge abzuschließen, bleiben sie den Folgen dieses Widerspruchs ausgeliefert, denn lang befristete Arbeitsverträge garantieren noch keineswegs die fortgesetzte Verwendung in ein und der gleichen Funktion mit entsprechend gleichbleibender hoher Bezahlung.

Bei den Technikern und Ingenieuren der Forschungs-, Konstruktions- und Entwicklungsbüros ist die Situation weniger eindeutig. Es trifft sicherlich zu, daß Konstruktions- und Planungsaufgaben nur in Selbstverantwortung gelöst werden können. Kontrolle ist weitgehend nicht möglich oder nicht sinnvoll. Aber bereits die vertikale Konzentration von Kompetenzen, die mit einer Dezentralisierung von Produktionseinheiten verbunden ist, ebenso wie die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals und deren Folgeerscheinungen führen zu einer Einschränkung der Autonomie der Beschäftigten. So brachte beispielsweise die Entwicklung bei Maschines Bull folgende Veränderungen mit sich:

1. als Arbeitsteilungsprozeß brachte die Entwicklung den Verlust planerischer Autonomie,
2. der Inhalt der Arbeit entsprach in der Folge nicht mehr den tatsächlichen Qualifikationen der Beschäftigten,
3. zugleich veränderte sich die Position der Beschäftigten innerhalb der Hierarchie des Unternehmens.

Auf der Ebene des Betriebes vollzieht sich ein entsprechender Prozeß; Arbeitsteilung in den Forschungs- und Entwicklungsbüros stellt sich im einzelnen als Spezialisierung dar und ist in diesem Sinne zweifellos eine Grundvoraussetzung effektiven Arbeitens überhaupt. Zugleich droht die Spezialisierung jedoch ständig, in Überspezialisierung umzuschlagen, die die allgemeinen technischen und wissenschaftlichen Befähigungen der Betroffenen weitgehend ungenutzt und schließlich verkümmern läßt, so daß am Ende die Qualifikation selbst gefährdet ist. Es zeigt sich also auch hier ein Trend zur Entwertung von Qualifikationen, der näher zu bestimmen ist als

ein Zurückbleiben der faktischen Möglichkeiten hinter den Erwartungen, die an die erworbenen Qualifikationen geknüpft sind oder als Zurückfallen hinter einen einmal erreichten Stand.

Neben diesen objektiven Veränderungen der Arbeitssituation selbst müssen deren Auswirkungen auf das Bewußtsein der Betroffenen untersucht werden.

Gerade in den Forschungs- und Entwicklungsbüros, wo die Zahl der Ingenieure und Techniker ständig zunimmt, liegt es auf der Hand, daß dem technokratisch-elitären Selbstverständnis, mit dem diese Beschäftigten in ihre Berufe hineingegangen sind, jeglicher Boden entzogen ist. Die Zentren der Macht innerhalb der Hierarchie sind ihnen nicht mehr zugänglich; die Aufstiegsmöglichkeiten sind beschränkt – und das wird vor allem von denen als bitter empfunden, die aus den Mittelschichten stammen. Je mehr die Zahl der Beschäftigten wächst, um so mehr werden sie auch von der klassischen Verantwortung dieser Berufsgruppen entbunden. Das Verhältnis zwischen der Betriebs- bzw. der Unternehmensleitung und der Gruppe der Techniker und Ingenieure, wird in dem Maße bürokratischer, wie diese wächst. Dieser objektive Prozeß wird subjektiv als wachsende Abhängigkeit von autoritären, sachfremden Maßnahmen der allein noch kompetenten Spitze erfahren. Überdies werden viele Mitglieder dieser Gruppe nicht mehr so gut bezahlt, wie es ihrem Verständnis nach bei der Qualifikation zu erwarten wäre, die sie mitbringen. Welche Aussagen über das politische Verhalten lassen sich anhand dieser Einzelbeobachtungen der objektiven Situation am Arbeitsplatz machen?

Zunächst müssen einige Einschränkungen gemacht werden: Einmal wird die Erfahrung der Arbeitssituation von einer Reihe weiterer Faktoren beeinflußt, unter denen vor allem folgende zu nennen wären: soziale Herkunft der Beschäftigten, Besonderheiten der jeweiligen Qualifikationsprozesse, erreichtes Qualifikationsniveau, Anforderungen am Arbeitsplatz. Zum anderen wird politisches Verhalten nicht allein von der Arbeitserfahrung, sondern auch von der Erfahrung überbetrieblicher wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sowie den besonderen Bedingungen der Familien- und Wohnsituation geprägt. Mithin kann im Zusammenhang der referierten Einzelbeobachtungen nur insofern nach dem politischen Bewußtsein gefragt werden, als die technologisch vermittelten Veränderungen der Arbeitssituation als Momente verstanden werden, die das gesellschaftliche Bewußtsein zwar zu verändern vermögen, die es aber nicht unmittelbar und ausschließlich bestimmen.

Das Interesse hat sich unter diesen Voraussetzungen auf zwei Bereiche zu konzentrieren: Wartung und Instandsetzung sowie Forschung, Konstruktion und Entwicklung. Geht man davon aus, daß sich Ingenieure und Techniker ein relativ hohes Prestige und Formen relativ autonomer Arbeit erhoffen, so folgt daraus, daß sie sich relativ integriert verhalten werden, sofern sie im Bereich der qualifizierten Produktionskontrolle, der Wartung und der Instandssetzung beschäftigt sind, weil hier immer in relativ kleinen Teams gearbeitet wird, in denen die Beschäftigten die Illusion der Einzigartigkeit ihrer Tätigkeit relativ lange aufrechterhalten können, und weil auf Grund der objektiven Wichtigkeit eines jeden Mitglieds dieser Teams für den reibungslosen Verlauf des Produktionsprozesses die Unternehmensleitungen am ehesten Konzessionen machen, so daß sich im Normalfall ein nennenswertes Konfliktpotential gar nicht erst anstaut. Aus dem oben gesagten folgt ebenfalls, daß diejenigen, welche in technischen und ähnlichen Büros arbeiten, sich weniger integriert verhalten werden, weil ihnen bereits die große Zahl der hier beschäftigten Spezialisten die Illusion ihrer Einzigartigkeit raubt. Darüber hinaus läßt sich hier der Wunsch nach relativ autonomen Arbeitsmöglichkeiten nur begrenzt realisieren. Das bedeutet allerdings auch, da – entgegen der Ansicht Mallets – nicht die fortgesetzte Praxis in Formen der „kollektiven, synthetischen und polyvalenten Arbeit", sondern bestenfalls der Wunsch nach solchen Formen die Forderungen der Arbeitenden bestimmt.

3. Politische Widersprüche und Konsequenzen

Die Theorie der „neuen Arbeiterklasse", die im Gesamtzusammenhang der Diskussion um ein Konzept der „antikapitalistischen Strukturreformen" gesehen werden muß, will als ein Gegenkonzept zum Reformismus der Gewerkschafts- und Parteipolitik verstanden werden. Dennoch ist gerade diese Theorie in vielen Punkten mit der Tradition des Reformismus und vor allem des Syndikalismus behaftet. Sehr deutlich läßt sich in den Unter-

suchungen von Serge Mallet der bewußte bzw. unbewußte Bezug auf die Tradition des französischen Syndikalismus nachweisen, der die Frage der sozialistischen Revolution nur von der Ebene des Betriebs her stellte und darum die Probleme des politischen Kampfes, d. h. zugleich die Frage der Partei und der Übernahme der Staatsmacht durch das organisierte Proletariat vernachlässigte. Sowohl Mallet, der den Aktivismus der Gewerkschaften – getragen von der „neuen Arbeiterklasse" – auf Betriebskonflikte und auf die schrittweise Entfaltung des Programms der Arbeiterselbstverwaltung orientieren will, als auch André Gorz, der sich auf die mögliche und notwendige Mobilisierung von Klassenbewußtsein außerhalb der unmittelbaren Produktionssphäre und der Lohnverhältnisse konzentriert – beide haben im Grunde darauf verzichtet, ihr Reformkonzept im Rahmen einer politisch-ökonomischen Analyse der konkreten gesellschaftlichen Machtsituation – sowohl nach der Seite der herrschenden Klasse als auch nach der Seite der organisierten Arbeiterbewegung – zu entwickeln. Daraus resultieren einmal abstrakte und zum Teil durchaus mechanische Vorstellungen über die Eigendynamik von Strukturreformen; zum anderen tritt die Frage in den Hintergrund, ob Reformen nicht je nach dem Kräfteverhältnis der antagonistischen Klassen im organisierten Kapitalismus das System stabilisieren helfen oder über es hinausdrängen. Ernest Mandel hat daher zu Recht auf der Unterscheidung zwischen „antikapitalistischen" und „neokapitalistischen" Strukturreformen insistiert: „Entweder handelt es sich um eine Reform des Kapitalismus mit dem Ziel, ein reibungsloses Funktionieren der kapitalistischen Ökonomie zu sichern; oder es handelt sich um ‚Reformen' – erreicht durch den Kampf der Arbeiterklasse –, die in der Tat mit dem normalen Funktionieren irgendeiner kapitalistischen Ökonomie unvereinbar sind, die eine Periode der Doppelherrschaft eröffnen, und die zu nichts anderem führen können als entweder zu einer Niederlage der Arbeiterklasse, wenn diese ‚Reformen" aufgehoben werden, oder zu einer Niederlage der Bourgeoisie." [7])

[7]) Vergl. E. Mandel: Une stratégie socialiste pour l Europe occidentale, in: International Socialist Journal, 2. Jg., Nr. 9, Mai/Juni 1965, S. 275–291, hier S. 283.

Vor dem Hintergrund dieser Differenzierung erscheinen die Aussagen von Mallet, der sich ja mehr als andere Theoretiker der Strukturreformen auf die Betriebsorganisation und die betriebliche Gewerkschaftspolitik beschränkt, in der Tat als ambivalent. Die durchaus richtig gesehene Tendenz, daß neben den weiterbestehenden Auseinandersetzungen um die Löhne Macht und Machtkontrolle zum Gegenstand von Konflikten werden können, ist nicht notwendig mit einer Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse identisch. Die Institutionalisierung der Unternehmenskontrolle – etwa nach dem Vorbild der westdeutschen Montanmitbestimmung – fungiert zunächst als Effektivierung der innerbetrieblichen Kommunikation, als Reinigung von tradierten Formen des „Industriefeudalismus". Für die herrschende Klasse sind institutionalisierte Formen der „Demokratie" und Kontrolle daher als Instrumente der Produktivitätssteigerung, der Kostenminderung und vor allem der politischen Integration im Betrieb einzusetzen. Der Kampf um Arbeiterkontrolle würde unter diesen Voraussetzungen einer ausschließlichen Orientierung des Kampfes der Arbeiterklasse auf den Betrieb in ein Instrument der Schwächung der Arbeiterklasse verwandelt.

Wenn auch die Bedeutung der Analysen von Mallet und des strategischen Konzepts der „neuen Arbeiterklasse" für die Diskussion einer sozialistischen Strategie in der BRD nicht vernachlässigt werden darf, so muß auch zugleich vor einer Überschätzung einer bestimmten, kleinen „Fraktion" der Arbeiterklasse gewarnt werden. Auf der einen Seite hat das hier nur grob und in Ansätzen diskutierte Material über die Situation der technischen Intelligenz im Bereich der kapitalistischen Produktion gezeigt, daß die von Mallet prognostizierten Entwicklungstendenzen fragwürdig sind. Andererseits haben gerade die Erfahrungen der französischen Maikämpfe des Jahres 1968 bewiesen, daß die Aktionseinheit der „neuen" mit der Masse der „alten" Arbeiterklasse die unabdingbare Voraussetzung einer erfolgreichen sozialistischen Strategie ist und daß – darüber hinaus – die Beschränkung auf betriebliche Konflikte und Machtauseinandersetzungen verhindert, die ökonomischen Kämpfe mit dem Ziel der politischen Machtergreifung des Proletariats zu verbinden.

Zur Ideologie und Organisation der technischen Intelligenz in der BRD

Christof K. Kievenheim

Die nachfolgenden Bemerkungen erheben nicht den Anspruch repräsentative Aussagen über die Bewußtseinsentwicklung in den Gruppen der „technischen Intelligenz" im Verhältnis zur Veränderung ihrer sozialen Situation zu machen. Sie können hier nur Tendenzen beschreiben, deren Kenntnis für die Marxisten von Bedeutung ist, sofern sie Anknüpfungspunkte für eine progressive Bewußtseinsveränderung in der technischen Intelligenz als Teil der Arbeiterklasse bieten.

1. Struktur und Funktion des Verbandes Deutscher Ingenieure

Wenn im Jahre 1862 Alfred Krupp, 1873 Werner von Siemens zu Ehrenmitgliedern ernannt und im Jahre 1878 eine Feier des Verbandes Deutscher Ingenieure zu Ehren des 25jährigen Bestehens der Fabrik (!) seines Vorsitzenden veranstaltet wurde [1]), war die Klassenzugehörigkeit der Honorierten nicht nur aussagekräftig für die ideologische Klassenorientierung der betreffenden Organisation, sondern zugleich noch repräsentativ für die Klassenlage eines nicht unbeträchtlichen Teils ihrer Mitglieder, zu denen damals die Mehrheit der deutschen Ingenieure zählte. In der Phase des vormonopolistischen Kapitalismus bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert waren soziale Struktur und Funktion des VDI durchaus weitgehend adäquater Ausdruck der Tatsache, „daß sich die Bourgeoisie am Beginn ihrer Entwicklung neben der Ausübung der produktiven Unternehmerfunktionen der Leitung und Organisation des Unternehmens die akademische Qualifikation und wissenschaftliche Tätigkeit weitgehend selbst vorbehielt". [2]) In deren Sinne liefen dann auch die Initiativen der Vereinigung – noch vor der Blüte der eigentlichen Unternehmerverbände als Reaktion auf das Erstarken der organisierten Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts – (und) ideologisch verbrämt unter dem Warenzeichen des „wissenschaftlich-technischen Vereins" auf die Repräsentation der Kapitalinteressen, besonders „in der Einwirkung auf gesetzgebende Organe in bezug auf technische Verbesserungen" hinaus. So jedenfalls wußte es Dr.-Ing. S. Balke, Repräsentant der bundesdeutschen Chemiemonopole, zeitweiliger Bundesatomminister, Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände und des „Deutschen Verbandes wissenschaftlich-technischer Vereine" (DVT) in seiner Gedenkrede zum 50jährigen Bestehen des letzteren zu berichten.[3]) Kennzeichnend für solcherlei „Einwirkungen" mag die Stellungnahme der VDI-Hauptversammlung aus dem Jahre 1890 gewesen sein, die sich gegen einen von der preußischen Regierung (im Zuge der „Sozialgesetzgebung") eingebrachten Gesetzentwurf über „Vorschriften zur Sicherung der Arbeiter in den Fabriken gegen Gefahren für Leben und Gesundheit" mit der Begründung aussprach, gesetzliche Vorschriften solcher Art seien nicht gewünscht, weil sie sich „lähmend und schädigend auf die Entwicklung der Industrie" auswirken müßten.[4]) Wenn solch offen zielgerichtet lobbyistisches Bemühen des Verbandes seine Kontinuität nicht ungebrochen über das Ende des vorigen Jahrhunderts hinüberretten konnte, ist das im wesentlichen Ausdruck des für den Übergang zum Monopolkapitalismus charakteristischen Vergesellschaftungsprozesses der Kapitalfunktionen, in dessen Zuge auch die Delegierung

[1]) Vergl. Helmut Klages und Gerd Hortleder: Gesellschaftsbild und soziales Selbstverständnis des Ingenieurs, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, J. 85, H. 6, S. 661 ff., hier: S. 662.

[2]) Helmut Steiner: Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 120.

[3]) Vergl. S. Balke: Aufgaben technischer Gemeinschaftsarbeit – 50 Jahre Deutscher Verband wissenschaftlich-technischer Vereine, in: Verband Deutscher Ingenieure – Berufs- und Standesfragen/ Ingenieurausbildung, Veröffentlichungen 1965/66, Düsseldorf 1967.

[4]) Vergl. Th. Peters: Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin 1912, S. 37.

wissenschaftlich-schöpferischer Arbeit in den Unternehmen von seiten des Kapitalbesitzers an von ihm abhängig Arbeitende vollzogen wurde. Damit begann der Unternehmerflügel innerhalb der Ingenieure zugunsten einer wachsenden Fraktion lohnabhängig arbeitender „technischer Intelligenz" zu stagnieren, die freilich noch zum großen Teil in betrieblichen Leitungsfunktionen beschäftigt war.

Während sich im gleichen Zeitraum – mit dem sprunghaften Anwachsen der Angestelltenzahlen und der beginnenden sozialen Polarisierung der abgestellten Gesamtgruppe – Ansätze zu Angestelltengewerkschaften aus der organisatorischen Gemeinsamkeit mit den „Prinzipalen" emanzipierten [5]), trägt der VDI den strukturellen Veränderungen in seiner sozialen Basis durch die Entwicklung vom offenen Interessenverband des Kapitals zu einer Position e r k l ä r t e r Neutralität innerhalb des gesellschaftlichen Klassenantagonismus Rechnung.

Mußte sozialpolitische Neutralität von der herrschenden Klasse und ihren ideologischen Küchenmeistern gefördert werden – bedeutete sie doch, daß die Mehrheit der angestellten Ingenieurmitglieder Verzicht auf die organisierte Wahrnehmung ihrer objektiven Klasseninteressen leistete –, begann sich die erstere aus der vormaligen Gemeinsamkeit durchaus eigenständig zu formieren: Aus dem Verband Deutscher Ingenieure spaltete sich z. B. der Verein Deutscher Eisenhüttenleute" unter dem erklärten Motiv ab, „die deutsche Eisen- und Stahlindustrie (. . .) (habe) ganz bestimmte Ziele, namentlich in Handels- und Zollverhältnissen, welche von den Beteiligten . . . niemals aus den Augen gelassen werden dürften" . . . und proklamierte: „Der Verein soll sich rühren und regen, auch die Aufmerksamkeit der übrigen Geschäftswelt auf sich zu lenken und dadurch langsam zu einer beachtenswerten Machtstellung (!) heranwachsen." [6]). In dieser Absicht handelte er dann auch, als er sich gemeinsam mit dem VDI, dem Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine, dem Verband Deutscher Elektrotechniker u. a. im Jahre 1916 – d. h. im Zuge der Forcierung der staatsmonopolitischen Entwicklung im deutschen Kapitalismus während der Kriegszeit – zum „Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine" liierte, dessen Anstrengungen Chronist Balke würdigt:

> „Ebenso wie der Deutsche Verband frühzeitig zu besserer Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft Entscheidendes beitrug, hat er auch für die Kooperation zwischen den ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Berufen und Wissenschaftsdisziplinen Wichtiges geleistet." [7])

Die Frage, weshalb sich die Mehrzahl der Ingenieure nicht sozialökonomisch interessenbezogen organisierte, d. h. sich nicht einmal auf die Ebene der zum großen Teil ausgesprochen antiproletarisch orientierten Angestelltenverbände begab, muß offensichtlich mit der Untersuchung spezifischer Faktoren beantwortet werden, die bei der technischen Intelligenz die Anpassung ihres Selbstwertbewußtseins an die Transformation ihrer sozialen Position aufhalten konnten, wobei der VDI und seine ideologische Arbeit selbst als konstitutives Moment bezeichnet werden kann.

Verfolgen wir Selbstverständnis und Aufgabenstellung des VDI, so wird als konstantes Merkmal ein Problembewußtsein transparent, das p r o f e s s i o n e l l e r Natur ist, sich dabei auf die spezifische berufliche Leistung und Funktion des Ingenieurs gründet, die sich ideologisch im Bewußtsein von – der Gesellschaftsstruktur unabhängig gegenüberstehender – „technisch-naturwissenschaftlicher Objektivität" und „ingenieurmäßiger Schöpferkraft" legitimiert.

Hans Heinz Holz hat den dabei offensichtlich zugrundegelegten Technikbegriff kritisch analysiert, wenn er schreibt:

> „Wollen wir ausmachen (. . .), was es mit dem Verhältnis des heutigen Menschen zur Technik auf sich habe, so stellen wir fest, daß es nicht so sehr der Vorgang der Konstruktion technischer Produkte ist, der dieses Verhältnis bestimmt, als vielmehr das o b j e k t i v e s t r u k t u r e l l e Gebilde, das die technischen Objekte in ihrem Herstellungs- und F u n k t i o n s zusammenhang darstellen. Die einseitige Betonung des Erfindens als des zentralen Merkmals technischen Seins k o m m t z w a r d e r E r l e b n i s w e i s e d e s K o n s t r u k t e u r s e n t g e g e n, reicht aber nicht aus, um das Phänomen Technik im ganzen zu erfassen . . ." [8])

Das spezifisch-professionelle Leistungsbewußtsein des Ingenieurs, das den Charakter eines Elitebewußtseins annimmt und mit dem das adäquate Erkennen des eigenen sozialen Transformationsprozesses kompensiert wird, stellt dann auch den Ausgangspunkt seiner gesellschaftsbezogen formulierten Ansprüche dar, deren leitender Grundsatz „die Verbesserung der (. . .) Wirtschaft im Sinne der modernen Zeit, deren Entwicklung auf dem Fortschritt der Naturwissenschaften beruht", ist.[9])

Aus der professionell-elitären und gesellschaftliche Produktionsverhältnisse verdrängenden Ausprägung dieses Anspruchs kann die in den 20er Jahren – ausgehend von den USA – an Bedeutung gewinnende „technokratische" Bewegung abgeleitet werden, für die der Techniker auch der „prädestinierte Fachmann" für die Organisierung und Leitung gesellschaftlich-politischer Zusammenhänge (. . .) (ist)".[10])

Die Konfliktebene, auf der sie sich objektiv mit den Prinzipien monopolkapitalistischer Wirtschaftsorganisation bewegt, ist die des Widerspruchs zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß, dem der sich verschärfende Antagonismus zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und kapitalistischen Produktionsverhältnissen zugrundeliegt, die sich in der betrieblich-beruflichen Situation des Ingenieurs dabei individuell als Konflikt zwischen „technisch" und „kaufmännisch" optimaler Lösung oder als „Versagen" des kaufmännischen Leiters darbietet.

Zwar benützt das Monopolkapital und seine staatliche Administration die Intention des Ingenieurs zur Durchsetzung technisch optimaler Lösungen, z. B. in der Verwertung der durch die Organisation des VDI systematisierten und bereitgestellten technischen Informationen, muß sie zugleich jedoch mit der ständigen Durchsetzung an den Profitinteressen allein orientierter Unternehmensführung, die von der

[5]) So etwa die Gründung des „Deutschen Handlungsgehilfenverbandes" im Jahre, der sich aus dem „Verein für Handlungscommis von 1958" herauslöste. Vergl. dazu Steiner, a.a.O., S. 171.

[6]) Zit. n. Klages/Hortleder, a.a.O., S. 664.

[7]) Balke, a.a.O.

[8]) Hans Heinz Holz: Die Diskussion um den Begriff der Technik, in: VDI-Nachrichten, J. 18 (1964), Nr. 51.

[9]) J. Kollmann: Ingenieur und Verwaltung, in: Der Ingenieur, seine kulturelle, gesellschaftliche und soziale Bedeutung mit einem historischen Überblick über das Ingenieurwesen, Stuttgart 1910, S. 29.

[10]) Klages/Hortleder, a.a.O., S. 675. Der Begriff der „Technokratie" wird dagegen heute vor allem in der Studentenbewegung falsch angewandt, wenn damit der Charakter etwa der staatsmonopolistischen Hochschulreform gekennzeichnet werden soll, der sich eindeutig an den Verwertungsinteressen des Monopolkapitals orientiert. Siehe zum Zusammenhang von Technokratievorstellungen, Elite- und Konvergenztheorien auch: Intelligenz unter Monopolherrschaft, DWI-Forschungshefte, 3, 1969.

KUNDENDIENST

seit 75 Jahren

E. KAHLE KG Elektrogroßhandlung

5 Köln 1 · Postfach 968 · Plankgasse 42 · Ruf-Sa. 23 36 23

Mehrzahl der Techniker nicht rational durchschaut wird – permanent frustrieren, was wieder um die weitgehende Abstinenz der Ingenieure von gesellschaftspolitischem Engagement während der 20er Jahre mitbewirkt. Später weiß der faschistische Staat, sowohl im Zuge der Weiterentwicklung staatsmonopolistischer Regulierungsmechanismen wie auch ideologisch mit der Absage an das „System pluralistischer Interessenvertretung" und in Anknüpfung an das mittelständische Selbstbewußtsein der technischen Intelligenz, diese Frustration im Sinne erfolgreicher Integrationsbestrebungen zu wenden. Vor den sich neu eröffnenden Perspektiven „objektivierten Gemeinschaftswerkes" kann seit 1933 auch „die Arbeit des Deutschen Verbandes (wissenschaftlich technischer Vereine) zum Erliegen kommen, denn in dem Augenblick, in dem die Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit von Staats wegen eingerichtet und gefördert wurde (...) (machte) die Reglementierung durch den Staat (...) die durch ihn (d. h. den Verband, d. V.) verkörperte Form der (freiwilligen) Zusammenarbeit überflüssig und hob sie auf." [11])

Die verstärkten Bemühungen, die mit der monopolkapitalistischen Restauration in Westdeutschland um die Integration der technischen Intelligenz als stabilisierender Faktor der herrschenden Sozialordnung unternommen werden, reflektieren zum einen die weitere Ausprägung der staatsmonopolistischen Strukturen, zum anderen die zunehmende Relevanz dieser Gruppe für den Produktionsprozeß im Zuge seiner wissenschaftlich-technischen Durchdringung und ihre objektive soziale Polarisierung, nicht allein in Richtung der Vergrößerung des Anteils lohnabhängig arbeitender, sondern auch der Masse der Techniker, die in bezug auf Verantwortung und Dispositionsbefugnis eine untergeordnete Stellung in der kapitalistischen Unternehmenshierarchie einnehmen. Gerade gegenüber der letztgenannten Gruppe muß der VDI als Integrationsmedium wirken.

Mit mehr als 55 000 Mitgliedern (1968) ist es der quantitativ stärkste Verband von 80 Einzelvereinigungen, die im Deutschen Verband wissenschaftlich-technischer Vereine (mit 210 000 Mitgl. 1967) zusammengeschlossen sind.[12])

[11]) Balke, a.a.O.

Zwar ist – gemessen an der starken Zunahme von Ingenieuren in den letzten beiden Jahrzehnten – der Anteil der VDI-Mitglieder offensichtlich rückläufig und dürfte sich heute max. auf etwa 15 % belaufen, doch entspricht andererseits – nach dem vom VDI vorgelegten Material – die Alters- und Qualifikationsdifferenzierung der Mitglieder der Struktur der Gesamtheit der westdeutschen Ingenieure.[13]). Darüber hinaus kann der Einfluß des Verbandes, der in 28 Fachgliederungen mit mehr als 400 arbeitenden Ausschüssen strukturiert ist [14]), kaum allein an der Quantität seiner Mitglieder erfaßt werden.

Mit der Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Systems haben sich auch die Aufgaben der technisch-wissenschaftlichen Vereine spezifiziert. Der Vertreter des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung definierte sie anläßlich des „Deutschen Ingenieurtages 1967" des VDI in bezug auf die staatsmonopolistische Forschungs- und Wissenschaftspolitik:

> „Die technisch-wissenschaftlichen Vereine sind als eigenständiger Bereich (innerhalb dieser Politik – d. V.) anzusehen, dessen Hauptaufgabe in der Auswertung und Vermittlung von Informationen zwischen Forschung und Entwicklung, zwischen Hochschule und Industrie besteht und die darüber hinaus in der Beratung staatlicher Instanzen über die Förderung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie in der Fortbildung der im Beruf stehenden Techniker eine bedeutende Rolle spielt." [15])

Das Verdikt der Unabhängigkeit hat hier zweifellos nicht nur die ideologische Funktion, die Selbstbewertung des Ingenieurs mit der von ihm geforderten Mitarbeit an der staatlich-monopolkapitalistischen Wissenschafts- und Forschungspolitik zu versöhnen, sondern dürfte auch auf die Rolle der Verbände als einer Vermittlungsinstanz längerfristiger staatlicher Planungs- und Entwicklungsansprüche gegen-

[12]) Vergl. Hans von Heppe: Die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für Staat und Gesellschaft, in: Technik und Gesellschaft, Vorträge des deutschen Ingenieurtages 1967 in Düsseldorf, Freiburg im Breisgau 1968, hier: S. 12.

[13]) Vergl. die Studie „Tätigkeit und Einkommen der Ingenieure in Deutschland", (Eine Umfrage bei VDI-Mitgliedern 1968), VDI-Informationen Nr. 18, 1969, S. 3.

[14]) Vergl. Heppe, a.a.O., S. 13.

[15]) Ebenda, S. 25 f.

über davon abweichenden kurzfristigeren Profitinteressen einzelner Konzerne ansprechen.[16])

Für unsere Frage nach den Chancen einer Politisierung der technischen Intelligenz auf der Grundlage einer realistischen Einschätzung ihrer eigenen objektiven Klassenposition kann dabei nicht übersehen werden, daß die Wahrnehmung spezifizierter Aufgaben der Verbände innerhalb des staatsmonopolistischen Mechanismus, ausgehend von dem oben skizzierten Selbstwertbewußtsein der Mitglieder, sich in zunehmenden Indentifikationsmöglichkeiten mit den bestehenden Produktionsverhältnissen ausdrückt. Eine nicht unwichtige Vermittlungsfunktion kann dabei auch von dem tendenziell wachsenden Anteil beamteter bzw. im öffentlichen Dienst angestellter Ingenieure ausgehen.

In Anbetracht der zunehmenden Relevanz der technischen Intelligenz und in Nützung dieser Möglichkeiten wird heute das Bestreben der Monopolrepräsentanten und ihrer Ideologen sichtbar, die ideologische „Neutralitätsposition" nicht länger zu tolerieren und sie durch eine offen politisch-ideologische Integration zu ersetzen, die sich vor allem auf die Interpretation sozialer Aufstiegschancen des Ingenieurs, der Relevanz seiner Leitungstätigkeit in allen Bereichen stützt. Während so auf den Tagungen und in den Publikationen des VDI nichts unversucht bleibt, um darauf hinzuweisen, dem Ingenieur käme „in der Wirtschaft eine überragende Führungsrolle" zu, die „beachtliche Anzahl von Ingenieuren in den politischen Instanzen des Staates und der Verwaltung" hervorzuheben und dabei die Mitglieder auf die „wachsende Verantwortung für das investierte Kapital" aufmerksam zu machen, muß jedoch andererseits die Subordination wissenschaftlich-technischer Entwicklungsmaxime unter das Verwertungsinteresse des Kapitals weiterhin mit der permanenten Klage rationalisiert werden:

> „Wir haben es längst nicht erreicht, daß die politischen Instanzen etwa in gleicher Weise auf den Rat und die Wünsche der Naturwissenschaftler und Inge-

[16]) Vergl. Balke, a.a.O.: „Schließlich gilt es auch innerhalb der Industrie jene grundsätzliche Überlegung hervorzuheben (d. h. der Kooperation ‚Wirtschaft–Wissenschaft–Staat' – d. V.) um dadurch die Bereitschaft der Unternehmen zu fördern und sicherzustellen, dem naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt in Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen die besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, die zur Aufrechterhaltung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit nun einmal unabdingbar ist".

borochov-press

Frankfurt a. M.

Grethenweg 78a

IST EIN SOZIALISTISCHER ZIONISMUS DENKBAR???

borochov-press ist eine Verlagskooperative, von vier Studenten gegründet, die die Rückkehr zu einem ursprünglichen revolutionären Zionismusbegriff fordert! Die marxistische Analyse der sozio-ökonomischen Struktur des jüdischen Volkes, erstellt von BER BOROCHOV 1905, bildete die Basis einer revolutionären Zionismus-Bewegung, die später, in Abkehr von Borochov verbürgerlicht wurde. Eine unbedingte Notwendigkeit daher die Neuauflage der „GRUNDLAGEN DES POALE-ZIONISMUS".

EIN ISRAELISCHER MARXIST ANTWORTET ISAAC DEUTSCHER

S. Flapan's Analyse des israelisch-arabischen Krieges von 67 als Antwort auf die Schrift Isaac Deutschers ist ein unabkömmliches Werk zum Verständnis der wahren Hintergründe des Konflikts in West-Asien!

Bitte beachten Sie die Beilage zu diesem „Facit"!

nieure hören, wie es bei den Bauernverbänden und Kassenärzten (sic!) der Fall ist." [17])

Im Unterschied zu der „technokratischen Emigration" der monopolkapitalistischen Phase zeigt sich in den gegenwärtigen Artikulationen der VDI-Ideologen jedoch eine Hinwendung zu dem, was Klages und Hortleder psychologistisch als „Introvertierung des Selbstwertbewußtseins" [18]) der westdeutschen Ingenieure bezeichnen, d. h. die Erklärung der Einflußlosigkeit aus der selbstauferlegten Zurückhaltung, deren grundlegendes elitär-professionelles „Objektivitätsstreben" ideologisch weiterhin das Primat hat:

> „Die Rolle, die in anderen Bereichen die Interessenverbände spielen, fällt im Bereich der Technik und der Naturwissenschaften weitgehend den technisch-naturwissenschaftlichen Vereinen zu. Ihre besondere Stärke, nämlich das Streben nach unbedingter Objektivität ... wirkt sich in diesem Falle sogar als Schwäche aus." [19])

Die Verschleierung des sozial-ökonomischen Hauptwiderspruches und die Ausübung einer organisatorischen Integrationsfunktion wird für Instanzen wie dem VDI um so akuter, als sich die objektiven Konfliktsituationen zwischen größeren Gruppen der „technischen Intelligenz" und der herrschenden Klasse einschließlich des kapitalistischen Führungsmanagements verstärken:

Legen wir selbst von bürgerlichen Sozialwissenschaftlern entwickelte Kriterien für die Bestimmung des „top-managements" [20]) an einer Untersuchung der Struktur der westdeutschen Ingenieure in bezug auf ihre Tätigkeitsbereiche an, so ergibt sich, daß im primär in Frage kommenden Bereich „Industrielle Verwaltung/Unternehmensleiter" nur 5,4 % der VDI-Mitglieder Funktionen ausüben [21]):

Forschung, Entwicklung und Versuch	14,04 %
Konstruktion und Projektierung	24,66 %
Betrieb, Fertigung, Montage, Bau	24,74 %
Einkauf und Vertrieb	2,57 %
Verkauf und Werbung	7,11 %
Industrielle Verwaltung als Unternehmensleiter	5,48 %
Sachverständiger, Gutachter, Schätzer	3,25 %
Prüfwesen	1,46 %
Lehrtätigkeit und Ausbildung	3,42 %
Behörden u. Verwaltungstätigkeit	3,51 %
Archiv, Dokumentation, Publizistik	0,34 %
Sonstiges	4,37 %
Keine Angaben	5,05 %

Die Untersuchung zeigt, daß die Mehrzahl der Ingenieure – durchaus repräsentativ für ihre Gesamtbeschäftigungsstruktur – entweder im Fertigungsbereich (im weitesten Sinne) oder im Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionssektor eingesetzt ist. Ergibt sich für die erstere Gruppe – insbesondere mit der zunehmenden Relevanz der betrieblichen Teamarbeit – die Möglichkeit verstärkter Kommunikation mit anderen Gruppen der Arbeiterklasse als eine C h a n c e für den Abbau elitär-professionellen Bewußtseins, so muß für die zweitgenannte Gruppe vor allem die Frage nach der Entwicklung ihrer realen Dispositions- und Entscheidungsrechte, d. h. ihrer tatsächlichen Stellung innerhalb der Unternehmenshierarchie gestellt werden.

Kann nicht nur allgemein aufgrund der sich verstärkenden Kapitalkonzentration, sondern spezifisch auch in Folge der Automation auch im Verwaltungsbereich, besonders der Einführung elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen von einer Zentralisierung der realen Entscheidungskompetenzen an der Spitze gesprochen werden [22]), verringert sich in den Tätigkeitsbereichen, in denen Ingenieure schwerpunktmäßig arbeiteten der relativ autonome Entscheidungsspielraum zunehmend, während zugleich der Anteil wissenschaftlicher Spezial- und Detailarbeiter wächst, die zwar über hochspezialisierte Kenntnisse verfügen, bei denen sich aber gerade deshalb die Frage nach der Disponibilität ihrer Qualifikation, im Zuge eines sich verschnellernden technischen Erneuerungsprozesses stellt. Aktualisiert sich das Problem der Entwertung der qualifizierten Arbeitskraft – unter einer anderen Arbeitsmarktsituation in den USA – bereits in einer relevanten Arbeitslosigkeit unter der technischen Intelligenz, so vermitteln Erhebungen des VDI über die Situation in der Bundesrepublik immerhin einen Einblick in Tendenzen der

[17]) Die Zitate sind einer Rede des Direktors des VDI Dr. Ing. H. Grünewald: Die Bedeutung des Ingenieurs und seiner Arbeit für die Gesellschaft, in: VDI-Berufs- und Standesfragen/Ingenieurausbildung, Veröffentlichung 1965/66, Düsseldorf 1967, entnommen.
[18]) Ebenda.
[19]) Ebenda.
[20]) Vergl. dazu: Steiner, a.a.O., S. 128.
[21]) „Tätigkeit und Einkommen der Ingenieure in Deutschland", a.a.O., S. 8.
[22]) Vergl. E. Grochla: Einflüsse der Automatisierung auf Leitung und Organisation der Unternehmen, in: VDI-Berufs- und Standesfragen . . ., a.a.O.

Korrelation von Ausbildungsstand und Arbeitsplatzsicherheit [23]):

Tätig in erlernter Fachrichtung	Ausbildungsgrad Dr.Ing.	Dipl. . . . Ing.	Ing. (Ingenieurschulausbildung)
nein	7,3	9,3	15,6
ja	81,8	80,9	73,5

Freilich bleibt auch hier die gezogene Schlußfolgerung hinter der Einsicht in die strukturelle Bedingtheit mangelnder Grund- und Fortbildung zurück:

> „Unsere Unternehmungen müssen zu der Überzeugung kommen, daß eine systematische Weiterbildung ihrer Mitarbeiter ohne verständnisvolle Förderung nicht verwirklicht werden kann." [24])

Wo die „verständnisvolle Förderung", als Kostenfaktor der Unternehmen, ausbleibt, übernimmt der VDI – aus Beiträgen seiner Mitglieder oder öffentlichen Mitteln – in einem umfangreichen Fortbildungswerk diese Aufgabe selbst mit.

2. Die Union der leitenden Angestellten

> „Ihr, meine geliebten Söhne, seid berufen, als leitende Angestellte dahin mitzuwirken, daß die Reibungen der Klassengegensätze gedämpft werden, daß alle vertrauensvoll und entschlossen die Straße betreten, die zu dem glückhaften Ziel einer aufrichtigen und aktiven Zusammenarbeit aller lebendigen Kräfte der Nationen im Dienste des Allgemeinwohls führt, daß die Soziallehre der Kirche anerkannt und angewandt werde als wahrhaft geeignet, die Wurzeln zu zerstören, aus denen der Haß wächst und der Klassenkampf sich nährt."
>
> Pius XII, Papst, am 27. 11. 1955 vor Abgeordneten der italienischen Vereinigung der leitenden Angestellten sowie des Direktoriums der Internationalen Vereinigung der leitenden Angestellten.

Während der VDI die Erkenntnis sozialer Nivellierungsprozesse für die Masse der „technischen Intelligenz" durch eine an

[23]) „Tätigkeit und Einkommen der Ingenieure in Deutschland", a.a.O., S. 15.
[24]) A. Flender (Vors. d. VDI): „Erwartungen und Wünsche deutscher Ingenieure" (Vortrag auf dem Deutschen Ingenieurtag 1964), in: VDI-Berufs- und Standesfragen / Ingenieurausbildung / Veröffentlichungen 1963/64, Düsseldorf 1965.

Gert Börnsen
Innerparteiliche Opposition
(Jungsozialisten und SPD)

Neuerscheinung

Zur aufsehenerregenden Bundeskonferenz der Jungsozialisten erschien das Paperback von Gert Börnsen (bisheriger 1. Sprecher des Bundeszentralrats des Sozialdemokratischen Hochschulbundes), das die Entwicklung der Jungsozialisten seit Bildung der Großen Koalition untersucht.

Die vorliegende Schrift gibt eine kritische Übersicht über Kräfteverhältnisse, Chancen und Taktiken der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten als dem stärksten Faktor innerparteilicher Demokratie.

Untersucht wird das Verhältnis von innerparteilicher Opposition und außerparlamentarischer Opposition. Welche Impulse empfangen die Jungsozialisten von der außerparlamentarischen Opposition? Welche Chancen und Möglichkeiten bieten sich für langfristige sozialistische Strategien in der SPD? Eingehend behandelt der Autor diese Fragen.

Jungsozialistische Politik zwischen Anpassung, Unterdrückung und Avantgarde wird erstmalig in einem größeren Zusammenhang geschildert: mit historischem Bezug, wo Erfahrungen auszuwerten sind; brennend aktuell, wo es gilt, die Möglichkeiten sozialistischer Reformpolitik in der SPD für die kommenden Jahre aufzuzeigen.

Umfang 104 Seiten. Paperback DM 4,–

W. RUNGE-VERLAG 2 Hamburg 26 Postfach 260 546

elitärem Berufsethos orientierte Ideologie zu kompensieren sucht, geht die Entwicklungstendenz der „Union der leitenden Angestellten" (ULA) dahin, die Folgen der betrieblichen Depriviligierung besonders des akademischen „middle-managements" [25] zu konstatieren, ohne dabei freilich deren Systemcharakter zu reflektieren und die adäquaten Schlußfolgerungen für die Bestimmung ihrer Klassenposition zu ziehen.
Die ULA organisiert heute als Dachorganisation acht Verbände „leitender" bzw. „akademischer" Angestellter mit insgesamt 26 500 Mitgliedern [26], die nach ihrer Aussage eine „eigene Schicht mit spezifischen Funktionen und Interessen" repräsentieren.[27] Die als Zielgruppe apostrophierte „Schicht" erweist sich jedoch als ideologischer Integrationsbegriff für in ihrer realen betrieblichen Position und Arbeitssituation außerordentlich d i f f e r e n z i e r t e Gruppen akademischer Angestellter, untersucht man die von der ULA selbst gelieferte Umschreibung ihrer Zielgruppe:

„Leitende Angestellte sind Angestellte, die nach Dienstvertrag oder Dienststellung regelmäßig und im wesentlichen (!) eigenverantwortlich entweder (!) übertragende Aufgabenbefugnisse wahrnehmen oder (!) für Bestand und Entwicklung des Betriebes wichtige Aufgaben auf Grund besonderer Erfahrungen oder Kenntnisse, insbesondere (!) einer abgeschlossenen Hochschulausbildung oder (!) einer anderen in dem jeweiligen Wirtschaftszweig erforderlichen Spezialausbildung erfüllen." [28]

Auf diese Weise kann der in einem „Chemiekonzern tätige Betriebsleiter (...) (und der) wissenschaftliche Chemiker im Labor und in der Forschung gleichermaßen zum Personenkreis der leitenden Angestellten (gezählt werden)" [29] und wird ein Selbstwertbewußtsein vermittelt, das es ihm ermöglicht, sich von der Masse der Angestellten und Arbeiter abzugrenzen, seine Rolle als Glied einer „dritten Kraft" zu interpretieren, die „wie keine andere Gruppe dazu prädestiniert (ist) ausgleichend (...) zwischen den polaren Kräften Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermitteln und zur Erhaltung des Arbeitsfriedens mitzuwirken".[30]
Ausgehend von einer solch bewußten Herausstreichung ihrer möglichen sozialen Harmonisierungsfunktion im Interesse des Kapitals und seines „top management", begreift sich die ULA heute als sozialökonomische Interessenvertretung wider der sozialen Nivellierung der „technischen Intelligenz" im kapitalistischen Unternehmen. Aus dem erklärten Motiv sozialer „Befriedung" erfolgt der Appell an das „wohlverstandene" Interesse der Unternehmer, das Bündnis mit den „leitenden Angestellten" zu stabilisieren und den Prozeß „der Konzentration von Entscheidungen und der Unterschätzung des middle-managements der leitenden Angestellten, d. h. der Akademiker in der Wirtschaft, zurückzuentwickeln".[31] Sofern dieser Prozeß im wesentlichen als Ergebnis subjektiver Fehleinschätzungen der Neuorganisation der betrieblichen Hierarchie interpretiert wird, können die erhobenen Forderungen auf der Ebene des Widerspruchs zwischen Aufstiegs- bzw. Einflußanspruch und Realität – werden sie appellativ an den Unternehmer gerichtet – freilich kaum zur Erhellung der objektiven Proletarisierungstendenzen beitragen, sondern diese vielmehr in irrationaler Weise verschleiern.
Die von der ULA artikulierten Forderungen beziehen sich jedoch keineswegs nur auf den objektiven Konflikt gegenüber den Strukturen der kapitalistischen Produktionsorganisation und die reduzierten Dispositionsmöglichkeiten des „mittleren managements", sondern reflektieren auch vorrangig deren materielle Folgen, die jedoch vor allem in der Wiederherstellung deutlicher Einkommensdifferenzen g e g e n ü b e r den Löhnen und Gehältern der Masse der Angestellten und Arbeiter aufgehoben werden sollen:

„Im übrigen bewegen sich die Bezüge der leitenden Angestellten im Zuge der seit Jahren zu beobachtenden Nivellierung der Löhne und Gehälter bereits seit längerem in einer Größenordnung, die im Hinblick auf die eingegangenen (finanziellen) Verpflichtungen sowie die Kosten für die Ausbildung der heranwachsenden Kinder (!) nur noch begrenzten Spielraum für die Ansammlung von Ersparnissen läßt ..." [32]

[25]) Vergl. Scheuch: Der leitende Angestellte heute ..., in: Der leitende Angestellte (Monatsschrift der ULA), J. 17, H. 10.
[26]) Vergl. „Der leitende Angestellte", J. 19, H. 4 (S. 65).
[27]) Vergl. ebenda.
[28]) Aus „Gesetzentwurf über Rechtstellung des leitenden Angestellten in der betrieblichen Ordnung der ULA", in: Der leitende Angestellte, J. 18, H. 11 (hier S. 185).
[29]) Steiner, a.a.O., S. 228.
[30]) Vestrer (ULA-Vors.): „Die dritte Kraft", in: Der leitende Angestellte, J. 19, H. 3.
[31]) Scheuch, a.a.O.

Zugleich drückt sich die Erfahrung der immer rascheren Entwertung der qualifizierten Arbeitskraft der technischen Intelligenz etwa in Forderungen, wie der nach verstärkter sozialer Sicherheit, Verbesserung des Kündigungsschutzes usw. aus.
Auch wenn die Systembedingtheit des beschriebenen Nivellierungsprozesses der Stabilität elitärer Selbstbewertung kurz- oder längerfristig entgegenwirken muß, seine sozialen Folgen zu verstärkter Unsicherheit und materiell-sozialer Unzufriedenheit, der relevanten Gruppe der „technischen Intelligenz führen, hieße es mechanistisch kurzzuschließen, daraus stringent eine wachsende Tendenz zur Solidarisierung der „technischen Intelligenz" mit der Masse der Arbeiter und Angestellten zu folgern.
Die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie bieten vielmehr a u c h die „Chance" einer irrationalen Wendung der „Statusproblematik" mit entsprechend politischen Implikationen. Ziehen wir den Vergleich mit politischen Tendenzen in der Bewegung der französischen technischen Intelligenz, wird als ein wesentlicher Faktor für den Charakter ihrer Orientierung, die Qualität des Bewußtseins und der Kampfbereitschaft in den traditionellen Gruppen der Industriearbeiterschaft transparent. Die m. E. spezifischen Erfahrungsebenen des Klassenantagonismus durch die „technische Intelligenz", auf die uns nicht zuletzt die (spezifischen) Bemühungen der bürgerlichen Ideologie an einigen Konfliktpunkten hinweisen, verlangen aber auch, daß aus ihrer genauen Bestimmung und Erklärung und aus der Berücksichtigung gruppenspezifisch formulierter Ansprüche ihre Definition und Artikulierung innerhalb des Gesamtinteresses der Arbeiterklasse erfolgt. D. h. spezifische Anknüfungspunkte für eine Bewußtseinsentwicklung müssen aufgegriffen und dürfen nicht zugunsten einer pauschalen Einschätzung „des Arbeiterbewußtseins" verdängt werden. Dazu werden die bewußtesten Teile der Arbeiter- und Studentenbewegung in der Bundesrepublik der Überlegung bedürfen, wie besonders akute gesellschaftliche und betriebliche Leitungs- und Kontrollansprüche der technischen Intelligenz in einem Konzept betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Arbeiterkontrolle und Demokratisierung integriert werden können, um sowohl der „technokratischen Frustration wie auch den Versuchen der staatsmonopolistischen Absorbtion dieser Ansprüche entgegenzuwirken.

3. Bietet die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik eine Alternative?

Eine Bestimmung des Stellenwertes der beschriebenen „Standesorganisationen" der Ingenieure bzw. der leitenden Angestellten und ihrer Repräsentanz für das Bewußtsein der technischen Intelligenz und der Masse der Angestellten, hat zu berücksichtigen, daß sie einen relativ kleinen Teil der entsprechenden Gesamtgruppen organisieren. Auch wenn der Organisationsgrad der Angestellten in Westdeutschland insgesamt erheblich unter dem der Arbeiter liegt, waren 1964 immerhin über 1,3 Millionen Angestellte Gewerkschaftsmitglieder [33]), wobei allerdings das Organisationsverhältnis mit dem

[32]) F. Grüll: Die Grenzen der Eigenversorgung der leitenden Angestellten, in: Der leitende Angestellte, J. 17, H. 4.
[33]) Vergl. Steiner, a.a.O., S. 231.

Ein Denkanstoß für Linke
Neuer Roter Katechismus
Die 'Mao-Bibel' des Westens,
herausgegeben von Frank Böckelmann.
256 Seiten, leinenkartoniert DM 5,–.
Rogner & Bernhard München

Wachstum der Angestelltenzahlen nicht mehr schritthält. Dabei muß für die Abwägung der Chancen einer möglichen Solidarisierung mit anderen Gruppen der Arbeiterklasse zunächst einschränkend auf die fortbestehende organisatorische Zersplitterung der gewerkschaftlich engagierten Angestellten verwiesen werden, besonders auf gegenüber einem solchen Prozeß retardierender Faktoren, wie dem Bestehen spezifischer Angestelltengewerkschaften (DAG und Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband u. a.). Für das hier interessierende Problem der „technischen Intelligenz" ist auffallend, daß die Gruppen, die unter diesem Begriff subsumiert werden können, vergleichsweise zu anderen Angestelltengruppen verhältnismäßig gering im DGB und relativ stark in der DAG bzw. überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert sind [34]), was auf die Wirksamkeit der skizzierten Solidarisierungsbarrieren innerhalb der „Akademikergruppen" auch über den Radius der professionnellen bzw. elitären Standesorganisation hinweist.

Dabei bemerkt Helmut Steiner zu Recht, daß

> „nicht schlechthin die Einheit der im DGB organisierten Arbeiter und Angestellten für die Arbeiterbewegung von Vorteil (ist), sondern nur, wenn die auf der Grundlage des allen gemeinsamen und sie verbindenden Ausbeutungsverhältnisses die Spezifika der jeweiligen Gliederungen der Ausgebeuteten innerhalb der einheitlichen Gewerkschaft weitgehend Berücksichtigung finden".[35])

Dabei erscheint es für die Gruppen der technischen Intelligenz fragwürdig, inwieweit selbst bei den heute bereits gewerkschaftlich Organisierten, auf eine ihrer Klassenlage adäquate Bewußtseinsentwicklung geschlossen werden kann, wie es das IGM-Vorstandsmitglied Heinz Dürrbeck anzunehmen scheint, wenn er auf der 3. Berufsgruppenkonferenz der technischen Angestellten ausführte,

> „eine qualifizierte Mehrheit (der Techniker) (habe) ... bereits erkannt, daß nicht die Technik an sich, sondern eine bestimmte kapitalistische und totalitäre Nutzbarmachung der Techniker das verursache, was man zu Unrecht den Fluch der Technik genannt hat".[36])

Die offensichtliche Verdrängung dieser Erkenntnis in den bestimmenden Führungsgruppen des DGB und der relevanten Mitgliedgewerkschaften, wird kaum zu einer Realisierung dieses Verdiktes beitragen, sondern eine organisatorische Gemeinsamkeit implizieren, deren Zielsetzung eher den Wünschen des DGB-Angestelltensekretärs Werner Hansen entspricht, „daß es uns gelingt, stärker noch gelingt, die Gewerkschaftsbewegung in diese Ordnung zu integrieren".[37])

Bei der Lösung der Aufgabe, bei der Mehrheit der technischen Intelligenz ein realistisches Bewußtsein ihrer objektiven Klassensituation zu entwickeln, kann es für die Marxisten folglich auch nicht darum gehen, „wertneutral" Gewerkschaftszugehörigkeit als organisatorische Perspektive zu propagieren: Der Kampf um die proletarisierten Gruppen der „Technischen Intelligenz", um den Abbau des elitären Angestelltenbewußtseins im allgemeinen, ist vielmehr Bestandteil des allgemeinen Kampfes gegen die Vorherrschaft bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterklasse, mit dem Ziel gewerkschaftliche Politik in Richtung der konsequenten differenzierten Vertretung der Interessen der Mitgliedschaft zu verändern. Dabei gilt es freilich im verstärktem Maße, spezifische Probleme und Erfahrungsebene des Klassenkonflikts in verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse zu erfassen und in der Arbeit zu berücksichtigen. Diesem Bestreben haben bislang theoretisch falsche Positionen in der marxistischen Diskussion entgegengewirkt, die entweder Besonderheiten einzelner Gruppen der Arbeiterklasse leugneten oder in ein anderes Extrem verfielen und „die Angestellten" oder „die Intelligenz" global als Schicht oder Klasse außerhalb der Arbeiterklasse definierten. Indem sich die marxistische Diskussion auch in der Bundesrepublik in der letzten Zeit sichtlich in ihrer thematischen Schwergewichtung von einem historisch tradierten Überhang in der Frage der Klassenbündnisse zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Arbeiterklasse und ihren Differenzierungen rückbesinnt – Ergebnis sowohl der letzten sozialen Kämpfe als auch der Bundestagswahlergebnisse – haben sich freilich die Chancen für eine rasche Überwindung falscher Positionen und der Belebung der hier angerissenen Diskussion vergrößert.

[34]) Vgl. Braun/Fuhrmann: Die Mentalität der Industrie-Angestellten – Rohmanuskript der Ergebnisse einer Erhebung im Auftrag des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln o. J., Tabelle 43 S. IV 188.

[35]) Steiner, a.a.O., S. 238.

[36]) H. Dürrbeck: Die Verantwortung des Technikers in unserer hochtechnisierten Zeit, S. 2.

[37]) Interview mit Der Volkswirt, H. 20 (1969).

Aufbruch der „Vorproletarier"
Zur Soziologie der Studenten

Hellmut Hesselbarth

Natürlich gab es auch früher schon politische Studentenaktionen. Was heute vor sich geht, unterscheidet sich davon jedoch qualitativ zumindest in vierfacher Hinsicht.

Erstens: Galt noch vor zehn Jahren allgemein vom Studenten, daß er gesellschaftlichen Problemen gegenüber apatisch sei und nur den Ehrgeiz kenne, seine Karriere innerhalb einer großbürgerlichen Welt aufzubauen [1]), so hat sich dieses Bild heute doch gewandelt. Es existiert eine studentische **politische Massenbewegung.** Natürlich beteiligen sich daran nicht alle Studenten. Untersuchungen ergaben jedoch, daß ein hoher Anteil, etwa 20 Prozent, in irgendeiner Form an verschiedenen Aktionen mitwirkt und daß zeitweilig, beispielsweise bei Studentenstreiks oder bei der Erhebung der Pariser Studenten im Frühjahr 1968, die große Mehrheit ganzer Fakultäten und Hochschulen teilnahm.

Zweitens: Unter kapitalistischen Verhältnissen gibt es keine einheitliche politische Bewegung der gesamten Studentenschaft. Das politische Auftreten der Studenten ist stets abhängig von ihrer klassenmäßigen Herkunft und Orientierung. Dadurch ist die studentische Bewegung naturgemäß differenziert, vielfältig und heterogen. Es läßt sich jedoch eine deutliche Verschiebung des Schwerpunktes feststellen. Wenn früher, insbesondere seit der Herausbildung des Imperialismus, Studenten vornehmlich auf der äußersten Rechten aktiv wurden, so gibt es heute dagegen – bei Fortbestehen rechter und sogar neofaschistischer Gruppierungen – in Amerika, Westeuropa und Japan eine massenhafte Studentenbewegung **auf der politischen Linken.** Diese Linke ist gewiß sehr heterogen. Dazu gehören Kommunisten, radikale Sozialisten, aber auch eine große Zahl von Studenten mit oft unbestimmten, utopisch-sozialistischen und anarchistischen Vorstellungen. Bei allen Unterschieden haben sie ein Ziel gemeinsam: Die bestehende spätkapitalistische Gesellschaft in demokratischer und sozialistischer Richtung zu überwinden. In diesem Zusammenhang haben sich viele Studentenorganisationen immer weiter nach links entwickelt, wie der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) in Westdeutschland, die Zengakuren in Japan oder die „Students for a Democratic Society" (SDS) in den USA. Wenn sie auch vielleicht mit Ausnahme der Zengakuren, des japanischen Dachverbandes, nur eine relativ geringe Zahl direkter Mitglieder umfassen (der westdeutsche SDS etwa 3000, der amerikanische SDS etwa 40 000), so bringen sie doch Gefühle größerer Studentenmassen zum Ausdruck und besitzen dadurch, wie sich bei den Aktionen immer wieder zeigt, erheblichen Einfluß.[2]) Diese Linkstendenz ist mittlerweile so stark geworden, daß sich selbst traditionell konservative Verbände, wie die westdeutschen Korporationen, zwecks Erhaltung ihres Einflusses veranlaßt sehen, gewisse linksklingende Reformforderungen an ihre Standarten zu heften.

Drittens: Erstmals hat eine solche linksorientierte Massenbewegung der Studenten **internationalen Charakter** angenommen. Zunächst Anfang der sechziger Jahre in den USA und in Japan, danach in Westberlin und in Westdeutschland, schließlich in Italien, Frankreich und Großbritannien entstanden, existiert sie heute in allen westlichen Ländern. Es gibt kein kapitalistisches Land und kaum noch eine Hoch-

[1]) Siehe Paul Jacobs/Saul Landau, „Die Neue Linke in den USA", München 1969, S. 154.

[2]) Aus diesen Aktionen sind in den letzten Jahren vielfach neue, oft nur zeitweilige, lose Vereinigungen entstanden, wie die Vietnam-Day-Comitees oder die Free-Speech-Movement in den USA, sogenannte Ein-Punkt-Bewegungen, die den Kampf hauptsächlich um eine Forderung führen und die in kurzer Zeit recht unterschiedliche Studentenorganisationen zusammenführen und Studentenmassen um sich scharen konnten. Dazu zählt in gewisser Hinsicht auch die Bewegung des 22. März in Frankreich.

schule, die nicht in irgendeiner Form von dieser Bewegung erfaßt wäre. Die linken Studentenorganisationen haben größtenteils enge internationale Verbindungen untereinander geknüpft und tauschen rege ihre Meinungen und Erfahrungen aus.
Viertens: Schließlich zeigt sich bei allem lokalen Kolorit, bei aller Buntscheckigkeit der Studentenrebellion eine in sämtlichen kapitalistischen Ländern geradezu verblüffende Ähnlichkeit, ja **Identität in Grundanschauungen,** Hauptzielen und Methoden des Kampfes.

Diese neue Erscheinung, diese internationale linksgerichtete Massenbewegung der Studenten wirft die Frage auf: Welche gemeinsamen Ursachen, Merkmale und Potenzen besitzt diese Bewegung?

Die Ursachen für die Studentenbewegung

Die studentische Unruhe hat vor allem gesellschaftliche Gründe. Es ist kein Zufall, daß sie sich als Massenbewegung ausgerechnet Anfang der sechziger Jahre anbahnte und in der zweiten Hälfte radikalisierte. Die wachsende Stärke des sozialistischen Weltsystems und aller anderen antiimperialistischen Kräfte sowie die Erfordernisse der Systemauseinandersetzung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zwangen in dieser Periode den Imperialismus zu einem Prozeß der „Anpassung", der sich vor allem im Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus äußerte. Damit verbunden waren die weitere Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Vertiefung der grundlegenden Widersprüche dieses Systems, insbesondere des Widerspruchs zwischen der Macht der Monopole und den Interessen der Volksmassen. Davon zeugt der Aufschwung der Arbeiterkämpfe in Frankreich, Italien und anderen Ländern, daraus erklärt sich letztlich auch die Revolte der Studenten.

Diese Widersprüche treten dem Studenten zunächst und konkret in seinem unmittelbaren Bereich, der Hochschule, entgegen. Die wissenschaftlich-technische Revolution verwandelt die Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft. Ihre rasche Entwicklung und breite Anwendung nicht nur in der Produktion, sondern im gesamten gesellschaftlichen Bereich wird mehr und mehr zu einer Existenzbedingung für das Kapital, sowohl für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus als auch für die Profiterzeugung. Steigender Massenbedarf an Intellektuellen und somit auch an Studenten war die Folge; er bewirkte eine wahre „Bevölkerungsexplosion" an den Hochschulen. Die Gesamtzahl der Studenten in Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien und Neuseeland stieg von 3,6 Millionen im Jahre 1950 auf 9,3 Millionen im Jahre 1965. Dabei fällt der größte Zugang – nämlich fast 3,5 Millionen - in das Jahrfünft von 1960 bis 1965. Der absolute Zuwachs verdoppelt sich alle fünf Jahre. Da diese Tendenz bislang anhält, müssen wir bis 1970 mit einer weiteren Steigerung um etwa 6,5 Millionen und einer Gesamtzahl von schätzungsweise 15 Millionen Studenten rechnen. Die Studenten bilden somit heute keine exklusive Gruppe mehr, sondern werden eine Massenschicht der Bevölkerung.[3])

Damit verschiebt sich auch ihre soziale Zusammensetzung. Gewiß bietet die bürgerliche Universität noch immer ein umgekehrtes Bild der Gesellschaftspyramide: Die zahlreichste Klasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, ist hier am schwächsten vertreten. Aber der Massenbedarf an intellektuellem Nachwuchs läßt sich längst nicht mehr vorwiegend aus bürgerlichen Kreisen decken. Einen großen Teil der Studenten stellen heute Söhne und Töchter aus den Mittelschichten. Allmählich wächst auch – teils erleichtert durch die erkämpfte Verbesserung des Lebensstandards, teils bedingt durch die wachsende Nachfrage – der Anteil der Industriearbeiterkinder. Die große Masse der Studenten kommt somit aus den Reihen der Werktätigen, vorwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten, die heute in Gegensatz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus geraten sind, die, wenn auch verworren und undeutlich, diesen Konflikt zu spüren beginnen, was sich auch auf die Studenten auswirkt.

Es wandelt sich aber nicht nur die soziale Abkunft, sondern mehr noch die soziale Zukunft. Vor dreißig, vierzig Jahren gehörte der größte Teil der Studenten entweder selbst schon zur Bourgeoisie, oder er konnte darauf rechnen, teils durch die Position der Eltern, teils durch Beziehungen und nicht zuletzt durch die damalige Bedeutung eines hochqualifizierten Fachmannes in die Reihen der Bourgeoisie ein- oder zumindest dicht an sie heranzurücken. Diese Studenten bildeten, wenn man

[3]) Die Angaben wurden zusammengestellt aus „UNESCO" – statistical yearboock 1967, Paris 1968.

Kriegsforschung !

Zur Durchführung seines Forschungsprogramms arbeitet das Bundesministerium für Verteidigung u. a. mit 120 Hochschulinstituten zusammen.

Dort werden B- und C-Waffen entwickelt, wie Nervengase, Herbizide, Botulinus Toxin.

1 g Botulinus Toxin = 60 Millionen Tote

Wissenschaft für wen?

Vorschläge für eine friedliche Nutzung der Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Menschen macht die **DKP.**

FÜR DIE DEMOKRATISCHE HOCHSCHULE

Vorschläge der DKP zur Hochschulreform

Zu beziehen bei:

DKP-Parteivorstand, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79

will, zum großen Teil eine Art „Vorbourgeoisie".

All das trifft für die Masse der Studenten nicht mehr zu. Durch die wissenschaftlich-technische Revolution unter staatsmonopolistischen Bedingungen wandelt sich der soziale Platz für die meisten Intellektuellen. Ihre Rolle im unmittelbaren Produktionsprozeß wächst ständig, gleichzeitig müssen sie aber ihre Arbeitskraft auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt verkaufen. In ihrer Funktion im Arbeitsprozeß, in der sozialen Stellung, ja teilweise selbst in der Bezahlung nähert sich ein absolut und relativ rasch wachsender Teil objektiv der Arbeiterklasse und beginnt zögernd und verschwommen diesen Wandel wahrzunehmen. Sie geraten insgesamt in einen Interessengegensatz zu den Monopolen, der dem der Arbeiterklasse ähnlich ist. Die Masse der Studenten befindet sich gewissermaßen im Vorfeld dieser Entwicklung, sie wird eine Art „Vorproletariat". Diese Wandlungen treffen zusammen mit einer tiefen Krise des bürgerlichen Bildungsbetriebs. Die alte, aristokratische Universität liegt in der Agonie. Inhalt und Strukturen der Hochschule geraten in wachsenden Widerspruch sowohl zu den reaktionären Interessen der Monopolbourgeoisie als auch zu den objektiven Erfordernissen entsprechenden progressiven Zielen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Diese Hochschulmisere wirkt sich für den Studenten unmittelbar aus: Vorlesungen und Seminare sind überfüllt, der gebotene Stoff ist teilweise veraltet. Bei steigendem Defizit an Fachleuten findet ein Teil der Absolventen keine Beschäftigung, weil seine Ausbildung nicht den Erfordernissen entspricht. Der Student befindet sich größtenteils in einer schlechteren wirtschaftlichen Lage als die übrige Bevölkerung. Die Hälfte aller Studenten in Frankreich muß sich ihren Unterhalt erarbeiten. Das führt oft zu überlangen Studienzeiten und zu vorzeitigem Abbruch des Studiums. So schließen in Italien zwei Drittel aller Studenten ihr Studium nicht ab. Gegen diese Misere protestieren die Studenten in allen kapitalistischen Ländern. Sie fordern Gehör, Reformen und das Recht, bei allen Entscheidungen, die sie selbst und ihre Zukunft betreffen, mitzubestimmen.

Hierbei nun werden sie gewahr, daß das Problem viel tiefer liegt. Die wissenschaftlich-technische Revolution erfordert eine entsprechende Reform des Zugangs zu den Hochschulen, der Strukturen und des Inhalts wissenschaftlicher Ausbildung. Der Charakter dieser Reform wird aber bestimmt vom Wesen der Gesellschaft. Im Sozialismus wird sie, wie die 3. Hochschulreform in der DDR beweist, im Interesse der gesamten Gesellschaft durchgeführt. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus dagegen wird sie durch die kapitalistischen Interessen begrenzt und pervertiert. Hier entsteht folgender Widerspruch: Auf der einen Seite braucht der Kapitalismus den gebildeten, denkenden Produzenten, um unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution das Funktionieren der Profitmaximierung und die Mobilisierung aller Kräfte für die Systemauseinandersetzung zu sichern. Andererseits fürchtet er eben diesen Produzenten, weil er das kapitalistische System mehr und mehr in Frage stellen könnte. Es wird somit für die Monopolbourgeoisie zu einer strategisch entscheidenden Frage, durch eine Bildungsreform die Ausbildung eines Maximums an Fachkräften zu sichern und gleichzeitig die daraus drohenden Gefahren für das System auszuschalten. Wie diese Reform aussehen soll, zeigt beispielsweise der Fouchet-Plan in Frankreich: In einem verkürzten und verkrüppelten Normalstudium sollen eng fachbegrenzte Spezialisten rasch und rigoros trainiert werden, während in einem umfangreicheren Vollstudium die sich wieder zur Hauptsache aus dem Bürgertum rekrutierende Elite herangezüchtet wird. Hieran wird deutlich, daß im Kapitalismus die durch die herrschende Klasse und ihren Staat von oben durchgeführten „Reformen" weder herangereifte gesellschaftliche Probleme lösen noch den Interessen des Volkes entsprechen. Eine echte, den Forderungen der fortschrittlichen Studenten und aller Werktätigen entsprechende Hochschulreform ist nur durch den Klassenkampf von unten, nur im Rahmen des von der Arbeiterklasse geführten Kampfes um grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen durchzusetzen.

Im Imperialismus vollzieht sich die wachsende Verflechtung der Hochschulen mit den anderen Teilbereichen der Gesellschaft, vor allem mit der Wirtschaft, in einer pervertierten Form als direkte Unterordnung der Ausbildung und Forschung unter die Bedürfnisse der Monopole. Diese Tendenz ist am weitesten in den USA gediehen. Hier sitzen in den Universitätsverwaltungen direkte Kon-

zernvertreter, die über den Einsatz der Mittel, damit über die Profilierung der Hochschulen entscheiden. Die Auftragsforschung für den industriell-militärischen Komplex und direkt für das Pentagon nimmt rasch zu. Die Funktion der Hochschulen für die Rüstungsindustrie, für die Ausarbeitung strategischer Konzeptionen und für die Massenmanipulierung wächst. All das hat den Protest der Studenten herausgefordert, die gegen die Absicht des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die funktionsunfähige aristokratische in eine den Bedürfnissen der herrschenden Klasse noch stärker unterworfene technokratische Universität umzubauen, rebellieren. Sie fordern dagegen eine demokratische Hochschule, die auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschheit ausgerichtet ist, die dem sozialen Fortschritt und dem Frieden dient, und zur Gewährleistung dieser Ziele Demokratisierung des Zugangs zu den Hochschulen, ihrer Strukturen, des Bildungsinhalts und eine echte Mitbestimmung.

Zunächst machten die Studenten lediglich in Petitionen auf die sie bedrückenden Mißstände aufmerksam und unterbreiteten ihre Vorschläge. Da ihre papiernen Bitten nirgends Gehör fanden, geschweige denn etwas änderten, sahen sie sich gezwungen, zu direkterer Aktion überzugehen – zu Streiks, Demonstrationen, zur Besetzung von Universitätsgebäuden. Die Öffentlichkeit wurde aufmerksam, Hochschulbehörden und Regierungen gingen mit Repressalien gegen die Aktionen vor. Die Studenten merkten, daß nicht nur die Hochschule, sondern die Gesellschaft selbst undemokratisch ist, daß eine Demokratisierung der Hochschule die Demokratisierung der Gesellschaft zur Voraussetzung hat.

Damit aber wurden die gesamtgesellschaftlichen Probleme genauso Gegenstand der Studentenbewegung wie die Hochschulprobleme. Dadurch erst hat die Studentenbewegung ihre Bedeutung erlangt, die weit über den Hochschulbereich hinausgreift. Hinter den Fassaden entdeckten die rebellierenden Studenten das wahre Gesicht des Kapitalismus, und sie waren entsetzt: Hatte man ihnen nicht von Kindesbeinen an eingeredet, die USA seien die Gralsburg der Freiheit? Aber der Aggressionskrieg in Vietnam ließ sie schmerzhaft begreifen, daß die vorgebliche Mustergesellschaft aus brutaler Machtgier Völker mordet, dieses Verbrechen glorifiziert und zum Bestandteil des politischen Lebens macht. Andere Aggressionen verdeutlichen: Das alles ist kein „Verkehrsunfall" einer ansonsten intakten Ordnung, sondern die Ordnung selbst ist faul. Die Aktionen gegen den Aggressionskrieg in Vietnam wurden damit zum zentralen Bereich der Entlarvung und des Kampfes gegen die spätkapitalistische Gesellschaft. Sie haben ganz besonders in den USA, wo der Kampf gegen die Vietnam-Aggression zugleich ein Kampf unmittelbar gegen die eigene Regierung ist, riesige Ausmaße angenommen und wesentlich dazu beigetragen, daß heute die große Mehrheit des amerikanischen Volkes sich von diesem schmutzigen Geschäft seiner Regierung abwendet.[4]) Die amerikanischen Studenten veranstalteten und beteiligten sich an Vietnammärschen, sie belagerten das Pentagon, sie verweigern heute in wachsender Zahl den Kriegsdienst unter der Losung: Bringt die Maschine zum Stehen!

Als die Studenten Freiheit und Demokratie als das Recht auffaßten, gegen die Verbrechen in Vietnam zu handeln, sahen sie sich wachsenden Repressionen der Staatsgewalt ausgesetzt und von der bürgerlichen Presse beschimpft und verleumdet. Es brach die Legende von der bürgerlichen Demokratie zusammen. Die protestierenden Studenten entdeckten, daß sie es mit einer Demokratie für die Herrschenden zu tun haben, die haltmacht vor der Universität wie vor dem Werktor, daß diese Demokratie vorder- und hintergründig abgebaut wird und die Reaktion in Gestalt des Neofaschismus, der Militärdiktaturen und des Rassismus sich ausbreitet. Damit wurde der Kampf für eine wahre Demokratie, für Gleichberechtigung auf allen Gebieten der Gesellschaft, für Mitbestimmung zum zentralen Gegenstand ihrer Aktionen.

Gleichzeitig begann man sich aufzulehnen gegen die sogenannte Konsumgesellschaft. Fernsehen und Auto – all der individuelle Lebenskomfort, um den viele Eltern hart ringen mußten und der vielen zum Lebensinhalt wurde – gehört bei einem Großteil der Studenten zur täglichen Selbstverständlichkeit. Diese Distanz verdeutlichte aber auch, daß steigender individueller Konsum an sich noch keines der wirklichen, brennenden Lebensprobleme

[4]) Siehe hierzu Herbert Aptheker, „Neue Entwicklungen in der Antikriegsbewegung der USA", „Einheit", Heft 8, 1969, S. 1029 ff.

löst, ja, daß die kapitalistische Gesellschaft bewußt die Jagd nach dem individuellen Konsum hochzüchtet, um die Menschen von den gesellschaftlichen Problemen abzulenken und stärker in das System zu integrieren. Viele Studenten begannen, sich – zum Teil ostentativ durch Kleidung und Benehmen – von dieser „Konsumgesellschaft" zu distanzieren, wobei mancher den gestiegenen Lebensstandard in Unkenntnis der tatsächlichen kapitalistischen Grundwidersprüche fälschlich für den eigentlichen Feind hielt. Schließlich lernten viele – wiederum insbesondere durch den Krieg in Vietnam – zu begreifen, daß die lebensbedrohende Gefahr für die Menschheit nicht, wie man ihnen bislang eingeredet hatte, vom Kommunismus ausgeht, sondern von den herrschenden Klassen ihrer eigenen Länder. Damit aber wurde der militante Antikommunismus fadenscheinig und löst im Gegensatz zu den fünfziger Jahren weniger Engagement als Widerstand aus. Vielmehr läßt sich heute eine wachsende, oft emphatische Identifikation der rebellierenden Studenten mit Kräften beobachten, die sich ebenfalls gegen den Imperialismus erheben, mit den Freiheitskämpfern in Vietnam, mit Kuba und den Partisanen der „Dritten Welt", und es sind Kommunisten wie Ernesto Che Guevara, die die Jugend zum Idol erkoren hat. Darüber hinaus haben der Kampf und die Siege dieser Kräfte, hat die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, auch wenn die in Bewegung gekommenen Studenten das ausschlaggebende Gewicht der sozialistischen Länder hierbei noch nicht immer begreifen, anschaulich vor Augen geführt, daß Widerstand Erfolg hat, daß man den Imperialismus schlagen kann, daß Veränderung möglich ist.

Der linke Radikalismus

Die studentische Bewegung hat bei einem Teil der kämpferischsten und oft zugleich einflußreichsten Organisationen ausgeprägt linksradikale Züge angenommen. Woraus resultiert das? Ohne Zweifel spielen die kleinbürgerliche Herkunft vieler Studenten und der Einfluß pseudolinker Ideologen eine wesentliche Rolle. Beide Faktoren erklären jedoch nicht hinreichend, warum gerade in unserer Zeit der kämpferichste Teil der Studenten so disponiert für den Linksradikalismus ist. Die Ursachen sind komplexer Art. Auf einige sei hier hingewiesen.[5])

Dazu gehört **erstens** die besondere Durchgangssituation des Studenten. Bereits bedrückt von den Sorgen um die ungewisse Zukunft, aber noch kaum belastet von Karriere und Familienpflichten, die als Integrationsfaktoren wirken können, sind die Studenten leichter geneigt, aufs Ganze zu gehen, zumal die Übergangszeit kurz ist und man verändern möchte, solange man noch dabei ist. Sie sind daher fähig, offener, ungezwungener, radikaler, rücksichtsloser auf die sie bedrängenden gesellschaftlichen Probleme einzugehen.

Zweitens bilden die Studenten durch die Lebens- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, die heute teilweise dreißigbis fünfzigtausend oder, wie das State College of California, mehr als hunderttausend Studenten umfassen, den am höchsten konzentrierten und gleichzeitig organisierten Teil der Intelligenz. Das ist nicht nur eine der Ursachen für die hohe Kampfkraft der Studenten, sondern auch für die Neigung, diese Rolle subjektiv zu einem gesamtgesellschaftlichen Avantgardismus zu übersteigern.

Drittens wirkt sich die mangelnde Erfahrung der Studenten im gesellschaftlichen Klassenkampf aus. Die Studenten haben in den seltensten Fällen jemals in einem direkten Ausbeutungsverhältnis und somit nicht in jener Konfrontation zu den herrschenden Klassen gestanden wie die Arbeiter. Ihr Weg zur politischen Aktion verlief anders: über den Zusammenstoß mit der Bildungsmisere und über die intellektuelle Reflexion der Gesellschaft, die zwangsläufig überschattet wird durch die bürgerlichen Lehrmeinungen.

Viertens spielen die unmittelbaren Lebenserfahrungen der heutigen Studentengeneration eine ganz wesentliche Rolle. Durch Rundfunk und Fernsehen sind die Jugendlichen im buchstäblichen Sinne Augenzeugen aller wichtigen Ereignisse auf dem ganzen Globus, von der Raumfahrt bis zum Vietnamkrieg. Damit aber werden all diese Ereignisse, auch wenn sie durch den Filter der Manipulation

[5]) Vgl. dazu auch die Diskussion „Aufschwung der Jugendbewegung in den kapitalistischen Ländern: Besonderheiten der derzeitigen Etappe und Perspektiven", „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Heft 7, 1968, S. 812 ff.; M. I. Nowinskaja, „Die Jugend in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft", „Sowjetwissenschaft", Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 7, 1969, S. 661 ff.; G. Diligenskij/M. Nowinskaja, „Die Studentenschaft des Westens und der antiimperialistische Kampf", „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoshenija", Heft 2, 1969, S. 81 ff. (russ.)

gehen, weit mehr als bei jeder früheren Generation Teil der unmittelbaren Erfahrung. Diese Erfahrung setzt allerdings bei der jetzigen Studentengeneration frühestens Anfang der sechziger Jahre ein. Alles, was davor liegt, ist für den Jugendlichen bereits Geschichte, die er selbst nicht erlebt hat, die er bestenfalls aus Büchern, oft überhaupt nicht kennt, und die ihn fast so wenig unmittelbar berührt wie etwa die napoleonischen Kriege. Seine unmittelbare Lebenserfahrung ist die der wissenschaftlich - technischen Revolution und tiefer Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses. Beides gibt ihm notwendig die Vorstellung, daß es möglich ist, alle Hindernisse zu überwinden, die Welt mit einem Schlage zu verändern. Wenn auch die entscheidende weltverändernde Kraft der Sozialismus ist, so stellt sich doch, teils durch die Plastizität der Ereignisse, teils durch die von den Massenmedien getroffene Informationsauswahl, dem Jugendlichen der Wandel in der Welt, gewissermaßen das Neue, das in seiner Zeit zu dem bereits vor seiner Erfahrungsschwelle bestehenden Kapitalismus und Sozialismus dazugekommen ist, dessen Werden er miterlebt hat, in der Befreiung der „Dritten Welt" dar. Revolution – das ist für ihn die Revolution in Kuba, der Befreiungskampf in Vietnam, die Guerilla in den Dschungeln Lateinamerikas und Afrikas. Revolutionäre – das sind vor allem die Partisanen.

Fünftens schließlich sind die Widersprüche im staatsmonopolistischen Kapitalismus tiefer, umfassender und vielfältiger, zugleich aber auch schwerer durchschaubar geworden. Dadurch nimmt das Unbehagen unter der Jugend und den Studenten zu, wobei sie jedoch häufig die tiefen systembedingten Ursachen dieses Unbehagens noch nicht deutlich erkennen. So neigen sie dazu, oberflächliche Scheingründe zu akzeptieren, die von kleinbürgerlichen Pseudorevolutionären angeboten werden und häufig auch mit der eigenen, ebenfalls oberflächlichen Erfahrung korrespondieren.

All das, ergänzt durch das natürliche Ungestüm der Jugend, ihren Drang zur Kompromißlosigkeit, zu großen Taten, zur revolutionären Romantik, erzeugt den Nährboden für ein leidenschaftliches Kämpfertum, aber auch für pseudolinke Praktiken und Theorien, für ein Gemisch, das von Marcuse bis zu Trotzki und Mao reicht, das sich einseitig nur an Theorien des Partisanenkampfes orientiert und durchsetzt ist mit Begriffen, die von Marx, Sigmund Freud und aus den Soziologenseminaren stammen.

Da die Ultralinke mit ihren Vorstellungen vom Establishment und vom Autoritarismus die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren immanenten Widersprüchen nicht oder nur verzerrt in einigen Oberflächenerscheinungen begreift, besitzt sie auch keinen ausreichenden Blick für deren innere Bewegungsgesetze. Sie sieht zusammen mit Marcuse zwar die eine Seite der Dialektik des staatsmonopolistischen Systems, nämlich die wachsende Herrschaft der Monopole und das Hinsteuern auf eine solche „Integration", die das gesamte Leben der Gesellschaft dieser Herrschaft unterwirft. Sie übersieht jedoch, daß auf der anderen Seite zugleich die Widersprüche zwischen den Monopolen und dem Volk, insbesondere der Arbeiterklasse, tiefer und breiter werden, wodurch die inneren Voraussetzungen und Kräfte für die Überwindung des Imperialismus entstehen, zu denen ja auch die Studentenbewegung selbst gehört.

Folglich wird auch nicht die Rolle der inneren Kräfte, insbesondere die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse und deren revolutionäre Potenz, begriffen. Teils enttäuscht, daß die Arbeiter in der westlichen Welt bisher noch keine Revolution „gemacht" haben, teils die Arbeiterklasse mit reformistischen und proimperialistischen Führern von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien gleichsetzend, wiederholen die Ultralinken die Legende, das Proletariat sei verbürgerlicht und nicht mehr Subjekt der Revolution.

Die kapitalistische Gesellschaft erscheint somit als eine Art Block, der sich nicht von innen sprengen, sondern nur von außen umstürzen lasse, und zwar durch jene Kräfte, die, wie es heißt, noch nicht integriert seien. Neben den Armen, dem Lumpenproletariat, und – oft recht undifferenziert – den Bauern der „Dritten Welt" zählen die Studenten sich selbst dazu. Daraus resultiert eine Art Erlöserfunktion des radikalen Teils der Studenten, der die Revolution für das Volk zu machen oder zumindest ihm voranzugehen und es zu erwecken habe.

All das führt zwangsläufig zum Radikalismus und zum Abenteuer in der Aktion, zu

der Frage, wie eine Minderheit von außen her die herrschende Macht, die „Autoritären" zersetzen und zerstören könne. Hier nun greift man zu Erfahrungen des Partisanenkampfes, der gezeigt habe, wie relativ kleine, schwache Kräfte starke Mächte überwinden können. Mit einer künstlichen Analogie betrachtet man die großen Städte als Dschungel, die Universität als Basislager und die radikalen Studenten als Partisanen. Die von linksradikalen Studenten angewandte Taktik brachte neue Formen des Kampfes hervor. Die herrschenden Klassen waren zunächst nicht immer fähig, auf ihre übliche Weise mit den ungewohnten Aktionen fertig zu werden, und mußten hier und da ihre scheindemokratische Maske fallen lassen. Das verführte manche Linksradikalen dazu, die Überraschungserfolge überzubewerten und falsche strategische Schlüsse daraus zu ziehen. Unfähig, jene langen, zähen Kämpfe durchzustehen, wie sie die Arbeiterklasse führt, übersteigern sie ihre auf kleine Gruppen ausgerichteten Aktionen zu oft sinnlosen Provokationen, wobei sie darauf spekulieren, Konfrontationen mit der Staatsmacht hervorzurufen in der Hoffnung, dadurch die Massen und insbesondere die Arbeiter aufzurütteln und in eine spontane Bewegung hineinzutreiben.

Sie erreichen damit genau das Gegenteil ihrer Absicht. Auf der einen Seite lenken sie die Studenten von den wirklichen Hochschul- und Gesellschaftsproblemen ab und desorientieren sie. Bei den Volksmassen, auch bei den Arbeitern, verlieren sie vorhandene Sympathien, erzeugen sie durch Sprache, Ziele und Aktion zumindest Unverständnis, zumeist aber offene Ablehnung, weil diese die Irrationalität und Gefährlichkeit der Ziele und Mittel spüren. Damit manövrieren sie sich selbst und die von ihnen beeinflußten Studenten in eine wortrevolutionäre, aber für den wirklichen antiimperialistischen Kampf um so verhängnisvollere Selbstisolierung. So arbeiten die Ultralinken – sicher gegen ihre Absicht – wie bisher schon oft in der Geschichte, schließlich der Ordnung, die sie eigentlich zu bekämpfen glauben, direkt in die Hände.[6])

[6]) Am Schluß seines Aufsatzes „Von der Autorität" schrieb Engels vor knapp 100 Jahren: „Entweder wissen die Antiautoritarier nicht, was sie sagen, und in diesem Fall säen sie nur Konfusion; oder sie wissen es, und in diesem Fall üben sie Verrat an der Bewegung des Proletariats. In dem einen wie in dem anderen Fall dienen sie der Reaktion." (Marx/Engels, Werke, Bd. 18, S. 308)

Auf der anderen Seite wissen die herrschenden Kreise längst, daß die spektakulären Herausforderungen der Studenten ihre Macht keineswegs erschüttern, geschweige denn stürzen können. Ganz im Gegenteil. Dadurch, daß die Ultralinken jede revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse, die nicht ihre abenteuerlichen Ziele und Taktiken teilt, als Komplicen des kapitalistischen Systems anprangern, greifen sie vielfach die sozialistischen Staaten und die kommunistischen Parteien heftig an und werden so, ob sie es wollen oder nicht, Instrument des Antikommunismus.

Wie weiter?

Die revolutionäre Studentenbewegung ist durch ihre gesellschaftspolitische Stellung, durch ihre Forderungen und Ziele und durch ihre objektive Funktion ein neuer, wesentlicher Teil der sich ausdehnenden antiimperialistischen Front. Sie ist damit auch ein natürlicher Verbündeter der Arbeiterklasse. Beide, Arbeiter wie Studenten, sind aufeinander angewiesen. Die Arbeiter können ohne breite Bündnisse den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht überwinden. Die Studenten allein sind außerstande, die kapitalistische Gesellschaft auch nur ins Wanken zu bringen. Die enge Verbindung von revolutionärer Arbeiterbewegung und revolutionärer Studentenbewegung, die Vereinigung der revolutionären Potenzen beider Seiten wird somit eine immer brennendere Aufgabe des antiimperialistischen Kampfes.

Die Studentenbewegung wird sich ihren Hoffnungen auf eine demokratische Gesellschaft in der Tat – nicht bloß in der Einbildung – nur dann nähern können, wenn sie den Linksradikalismus in ihren eigenen Reihen zurückdrängt und sich mit der Arbeiterklasse und ihren revolutionären Organisationen verbündet. Nur im Rahmen dieses Bündnisses ist sie in der Lage, aus tieferer wissenschaftlicher Kenntnis der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze heraus einen eigenen Beitrag zur Ausarbeitung einer praktikablen Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus zu leisten. Dieses Bündnis ist ein wechselseitiger Prozeß, der von beiden Seiten her in die Wege geleitet werden muß – von der Arbeiterbewegung, insbesondere von den kommunistischen Parteien, aber auch von der Studentenbewegung selbst.

Falsch programmiert
Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus

Oskar Neumann

„Im Stadtzentrum von H. griffen mehrere Bürger zur Selbsthilfe. Sie beseitigten an einem Verkehrsknotenpunkt eine Werbetafel mit der Aufschrift „Sicher in die siebziger Jahre", die die Orientierung behinderte und die Verkehrssicherheit beeinträchtigte. Gegenüber der am Tatort eingetroffenen Polizei erklärten die Initiatoren der Aktion, sie hielten es für ihre Pflicht, im Interesse aller Verkehrsteilnehmer an den Kreuzungen für klare Sichtverhältnisse zu sorgen."

(Bürgerinitiative September 1969, Straßentexte von Peter Schütt, Quer-Verlag Hamburg.)

Wenn das nur mehr Leute täten, und wenn es nur damit getan wäre! Wozu diese „siebziger Jahre" und was danach kommt nicht alles herhalten müssen: Das Versandhaus Quelle möchte uns seine „Fotoapparate für die siebziger Jahre" verkaufen und die SPD ihre „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren"; bei den Christlich-Sozialen will der Münchner Bezirksverbandvorsitzende und Strauß-Protegé Erich Kiesl seinen „Teil für die geistige Konzeption der 70er und 80er Jahre" beitragen; Buderus in Firma Flick versieht indessen sein „Symbol für modernes Heizen", den „formschönen und robusten Gußradiator", bereits mit einer Garantie bis zum Jahr 2000; und nach dem erfolgreichen „Beispiel Ehebruch" zweifelt der Oswalt-Kolle-Produzent auch schon nicht mehr daran, daß er an der Sex-Masche bis zum Jahr 2000 weiterhäkeln und weiterdrehen wird.

Also hat die SPD doch recht: „Die Zukunft hat schon begonnen?" Sie hat. Nur, unter welchen Vorzeichen und für wen? Was ist das für eine Zukunft, die mit soviel Aufwand zur Produktion falscher Bedürfnisse und falschen Bewußtseins anfängt, mit soviel Tricks zur Ablenkung vom Wirklichen und zur Verhinderung des Notwendigen?

Das Wirkliche ist die wissenschaftlich-technische Revolution. Sie ist mehr als die Aneinanderreihung einiger Phänomene, wie: die Wissensexplosion verdoppelt das menschliche Wissen alle zehn Jahre; die Wissenschaft wird zur unmittelbaren und niveau-bestimmenden Produktivkraft; die technische und wissenschaftliche Intelligenz wächst objektiv hinein in die produktive Klasse; aus Automation und elektronischer Datenverarbeitung, Kernenergetik und Raumfahrt resultieren im Positiven wie im Negativen gleichermaßen ungeheure Möglichkeiten, und was der bekannten Aussagen mehr sind. Im Einzelnen stimmt das alles. Aber alles stimmt nur, wenn dabei kein technologischer oder sozialer Teilaspekt isoliert, wenn also die wissenschaftlich-technische Revolution als ein Ganzes begriffen wird.

Das notwendige Äquivalent zum wissenschaftlich-technischen Prozeß, ja die Voraussetzung seines Profitinteresse unbeschränkten Fortgangs ist die revolutionäre gesellschaftliche Veränderung. Die körperlich und geistig Arbeitenden sind nicht Adressat dieser Mitteilung, sondern Subjekt dieser Veränderung. Ihr Interesse erfordert die demokratische und sozialistische Umgestaltung, den Klassenkampf gegen das spätkapitalistische System über die Grenzen dieses Systems hinaus. Das Ziel ist die Öffnung der Zukunft. Sie ist durch die staatsmonopolistische Anwendung und durch die staatsmonopolistische Beschränkung der wissenschaftlich-technischen Revolution gleichermaßen verstellt. Unsere Zukunft verlangt, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart abzuschaffen: Die lebendige Arbeit wird aufhören, ein Mittel zu sein, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. Die aufgehäufte Arbeit wird ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern. Die Bildung wird aufhören, für die enorme Mehrheit Heranbildung zur Maschine zu sein. Die freie Entwicklung eines jeden wird die Bedingung für die freie Entwicklung aller.

Mit diesen Gedanken aus dem Kommunistischen Manifest beginnt die wissenschaftliche Zukunftsprognose. Geschrieben unter dem Eindruck der industriellen Revolution, gelten sie erst recht für die wissenschaftlich-technische. Sie sind modern und entwicklungsfähig.
Alt und steril sind dagegen sämtliche systemkonformen spätkapitalistischen Futurologien, die staatsmonopolistische und die liberale und die sozialdemokratische, die technologisch-optimistische und die kulturpessimistische Variante. Sie sind ideologischer Reflex der herrschenden Besitzverhältnisse an Computern, der Profitmacherei in der Atomtechnik, der alten Machtinteressen in der Bildungsplanung. Negation dieser Besitz- und Machtverhältnisse ist die wissenschaftliche Theorie und die politische Praxis des Marxismus. Er ist darum die von der wissenschaftlich-technischen Revolution geforderte, dem menschlichen, also gesellschaftlichen Interesse entsprechende Antwort: Aus möglichen Perspektiven entscheiden wir uns so für unsere Zukunft.

„Keine Experimente" und die Folgen

In den fünfziger Jahren begann das Großkapital in der Bundesrepublik damit, die neue Technik in seinem Sinn, für seine Zwecke einzusetzen, möglichst ohne daß darüber viel reflektiert wurde. Die Unionsparteien taten so, als habe sich im Grunde kaum etwas geändert. Man redete weiter von „freier Marktwirtschaft" und „Volkskapitalismus" „Keine Experimente" war nicht nur erfolgreiche Wahllosung, sondern tatsächliches Leitbild. Der weitere Ausbau des staatsmonopolistischen Systems, angedeutet in Erhards Ruf nach der „Formierten Gesellschaft", sollte sich schleichend vollziehen. Das hatte zwei Folgen, eine für die Großbourgeoisie erwünschte und eine selbst für sie inzwischen beunruhigende. Erwünscht war die Manipulation der öffentlichen Meinung, ihre Fixierung auf das „Wirtschaftswunder" und damit ein langdauerndes Hintanhalten tiefergehender sozialer Konflikte. Das beunruhigende Resultat der konservativen Verdrängung der Probleme tritt jetzt darin zutage, daß man in der Unternehmensführung und in der Staatsführung zwar stets die Profitmaximierung für heute und morgen im Auge hatte, aber bei deren Sicherung für übermorgen selbst hinter den Notwendigkeiten und Möglichkeiten bürgerlicher Planifikation zurückblieb.

Krassestes, aber keinesfalls einziges Beispiel dafür ist das Verschlampen und Verschleppen nahezu aller Erfordernisse einer Bildungsreform – bis hin zu einem Zustand, der nun bereits direkt an die Ausbeuterinteressen rührt: mit dem numerus clausus bei erhöhter Abiturientenziffer und steigendem Bedarf an akademischem Nachwuchs; mit Datenverarbeitungsanlagen ohne Mathematiker und Programmierer in ausreichender Zahl und Qualität; mit Ordensgeistlichen, die das katholische Defizit in den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Führungspositionen bejammern; mit Karl Steinbuchs „Falsch programmiert" als Zitatenschatz selbst für Festredner des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

War es da nicht doch verdienstlich, daß sozialdemokratische Politiker und Publizisten immerhin schon seit den fünfziger Jahren von einer „Revolution" in der Wirtschaftsentwicklung sprachen? Je eher sich das Wort einstellte, desto gründlicher fehlte der Begriff. Schon der Terminus „Zweite industrielle Revolution" widerspricht im entscheidenden Punkt dem Sachverhalt. Die zweite industrielle Revolution war der ersten, gekennzeichnet durch die Arbeitsmaschine, schon mit der Bewegungsmaschine gefolgt. Es ist in diesem Zusammenhang müßig, die Frage zu erörtern, ob der Elektromotor und die mit seiner Einführung verbundenen Transportsysteme als dritte industrielle Revolution zu gelten haben. Was wir im Gegensatz zu diesen Entwicklungen jetzt erleben, ist gerade keine industrielle, sondern eine wissenschaftlich-technische Revolution.

Das bedeutet: Es setzen sich mit der Automatisierung, Chemisierung, Kybernetisierung nicht etwa die bei der Mechanisierung bisher vorherrschenden Trends weiter fort, sondern es beginnen andersartige, vielfach sogar gegenläufige Tendenzen. Um dafür nur ein Beispiel zu nennen: Bei der Mechanisierung sinkt der Anteil der qualifizierten Facharbeiter zugunsten eines immer größeren Anteils Ungelernter, kaum noch Angelernter. Mit Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution steigt der Prozentsatz der ausgebildeten Facharbeiter und – noch schneller – der Techniker und Ingenieure, wobei die jeweils höchste Zuwachsrate in den qualifiziertesten Gruppen erreicht wird.

Ohne mit der Erkenntnis gesellschaftlicher Tatsachen und ihrer politischen Folgen verknüpft zu sein, wird das Wort „Revolution" belanglos. Es hat dann kaum noch eine andere Funktion, als die in der Reklametechnik derzeit übliche. Die „Revolution" mitmachen, heißt für P & C, Anzüge für P & C kaufen; die „Revolution" im Mieder erlebt man mit Angora und dorlastan; beim Motoröl ist AGIP SINT 2000 „revolutionär", und gewinnt immer.

Die futurologische Welle

Die Tabus um die wissenschaftlich-technische Revolution waren nicht zu halten. Das Monopolkapital und seine Ideologen mußten sich etwas einfallen lassen, um den aufgestauten Nachholbedarf in einer für sie möglichst systemdienlichen Weise zu befriedigen. Vor fünf Jahren, als Robert Jungk das Vorwort zu der Reihe „Modelle für eine neue Welt" schrieb, konnte der Verleger mit einigem Recht darauf hinweisen, hier werde in der Bundesrepublik eine terra incognita betreten. Waren noch 1963 in der gesamten kapitalistischen Welt kaum mehr als 600 futurologische Publikationen erschienen, so brachte das abgelaufene Jahr allein in der Bundesrepublik ein Vielfaches davon ans Licht der Öffentlichkeit, eine Lawine von Buchreihen und Zeitungstexten, Vereinsgründungen und Kongressen, die auf ihren Informations- bzw. Desinformationswert nun zu untersuchen sein werden.
Die Hauptlinie der monopolkapitalistischen Zukunftsprognose tritt an der Schwelle der siebziger Jahre ganz eindeutig hervor: Man macht in Optimismus. Nachdem schon die 20. BDI-Jahresversammlung im Sommer 1969 in ihrer „notwendigen Neubestimmung des eigenen Standorts" den Zweiflern recht zukunftsbewußt entgegengetreten war, machte das Deutsche Industrieinstitut zum Jahreswechsel fast nur noch in eitel Sonnenschein: Die Banken würden am Ende der siebziger Jahre mit ihrem Umsatz die Billionengrenze überschreiten; die Chemieindustrie werde bei sieben Prozent jährlichem Zuwachs mit einem Produktionsvolumen von 100 Milliarden in die achtziger Jahre gehen; zur gleichen Zeit würden in der Bundesrepublik zwanzig Millionen Autos rollen. Der expansivste westdeutsche Rüstungskonzern, Messerschmidt-Boelkow-Blohm, ergänzt diese glanzvolle Perspektive durch die Mitteilung vom „unmittelbar bevorstehenden Abschluß der Projektdefinitionsphase des MRCA", zu deutsch also: das Zwanzig-Milliarden-Geschäft mit dem atomwaffentragenden neuen NATO-Kampfflugzeug ist unter Dach und Fach.
Wie sollten bei solcher Profiterwartung ihrer Herren nicht auch die Ideologen frohgemut in die Zukunft blicken! Sehen wir zu, wie sie es fertig bekommen, den Optimismus der Herrschenden ins Bild der herrschenden Zukunftswissenschaft zu setzen.
Zum ersten nehmen sie die Zukunft nach wie vor als verlängerte Vergangenheit. Monopolistischer Privatbesitz an den Produktionsmitteln, Herrschaft der Milliardäre im Staat bleiben ebenso ungenannt wie vorausgesetzt – und was könnte dann schon schiefgehen?

Wo sie infolge der Tatsachen, die bereits der Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution schafft, auf das Unsicherheitselement gefährlicher sozialer Rückwirkungen stoßen, haben sie den Trost der „Kompensation" parat. Um damit hinzukommen, weigern sie sich ganz einfach, die wirklich neuen Momente und Effekte der wissenschaftlich-technischen Revolution vorauszudenken. Ja, noch mehr, sie führen nicht einmal die Analyse der vorhandenen technologischen Trends zu Ende, sondern verschanzen sich hinter der vagen Annahme, eines Tages würden schon bestimmte, die sozialen Spannungen dämpfende Limits alles wieder ins Lot bringen. Eine unerschöpfliche Fundgrube für bundesdeutsche Abschreiber bieten gerade hier die amerikanischen Originalquellen, etwa „Technology and the American Economy, Washington 1966" mit der Illusion, die Technik werde zwar Arbeitsplätze eliminieren, nicht aber Arbeit (Seite 9).

Aufgrund der Annahme, es gehe letzten Endes doch nur um eine Fortsetzung der Prozesse innerhalb der „Industriegesellschaft", wird schließlich die staatliche Intervention zum vollausgebildeten staatsmonopolistischen System entwickelt und dieses dann noch als supranationale bzw. globale Organisation des idealen Gesamtkapitalisten projektiert. In ihm verkörpert sich die Zukunft – mit allen Instrumenten der Gewalt nach Innen und Außen, der Konzentrationspolitik, der Schaffung riesiger Rüstungsmärkte, der immer weitergehenden Umverteilung des Nationaleinkommens, der Investitionsfinanzierung, der Fachidiotenfabrikation in Schulen und Hochschulen, der Meinungslenkung durch Kulturindustrie und Massenmedien.

In diesen Rahmen fügen sich nahtlos die verschiedensten Spezialthemen und Spezialaspekte. Man kann sich über die „Kon-

sumgesellschaft" ergehen – und dabei weiter so überzeugende Prognosen erreichen, wie Fritz Sternberg, nach dessen Zukunftsvorausschau – vor zwölf Jahren veröffentlicht – die USA im Jahr 1970 keine Armut mehr kennen werden. Man kann sich nicht minder umfänglich der „Freizeit" widmen, natürlich immer auf der alten Grundlage des Gegensatzes von Arbeit und Genuß und mit der systemkonformen Annahme, daß die Arbeit Lohnarbeit bleiben und damit aus dem menschlichen Leben herausfallen muß.

Jedenfalls erfüllt Futurologie solcher Art ihren Klassenauftrag und die Erwartung, „daß sie wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse bringen wird". Die Formulierung stammt immerhin von Werner Holste, Vorstandsmitglied der Volkswagenwerk-AG und Vorsitzender der Gesellschaft für Zukunftsfragen e. V. Warum sollte da nicht auch der Droste-Verlag mit Stolz die Erkenntnis nachdrucken, die man beim „Finanzbrief" aus der Lektüre der „Zukunft im Zeitraffer" gewonnen hat: „Wer Geld in Grundstücken anlegen will, erkennt, daß es sich nur in Ballungszentren lohnt."

Wie verträgt sich mit all dem der Kulturpessimismus? Widerspricht er nicht doch der Vorstellung, es handle sich bei sämtlichen Varianten der spätbürgerlichen Futurologie nur um Zweige an ein und demselben Baum der herrschenden Ideologie? Daß humanistisch gebildete und humanistisch denkende Menschen über die Gefahr der Krisen und der Katastrophen erschrecken, die mit der monopolkapitalistischen Anwendung der wissenschaftlich-technischen Revolution heraufzieht, ist verständlich. Es geht hier nicht darum, ob diese Reaktion zunächst subjektiv ehrlich und menschlich gemeint ist. Es geht um die objektive Seite, und sie zeigt: Es ist geradezu unvermeidlich, daß sich die imperialistische Ideologie dieses Schreckens annimmt und den Kulturpessimismus in ihr System bringt. Reflektiert er doch nicht nur die reale Angst, sondern auch das reale Interesse der herrschenden Klasse, ihren Systemzwang hinter angeblichen Sachzwängen zu verstecken und durch Dämonisierung der Technik selber aus der Schußlinie der Kritik zu kommen. Wenn es wahr ist, daß der Herr der Welt zum Sklaven der Maschine wird – Oswald Spengler „Der Mensch und die Technik", München 1931, Seite 75), wenn die Atomenergie an sich, der Computer an sich, die Megalopolis an sich, das Auto an sich unser böses Schicksal sind und uns dem Abgrund zutreiben – wer fragt dann noch nach den Profiteuren der Atombombe, nach den Großgrundbesitzern und Bodenspekulanten, die das Bau- und Verkehrschaos der Großstädte gewinnbringend organisieren, wer fragt noch nach den Werteskalen und den Nutzenfunktionen, auf die hin die Computer vom Management ihrer Besitzer programmiert werden?

Daß es sich hier nicht um rhetorische, sondern um eminent politische Fragen handelt, beweist wiederum das Programm der SPD. Da wird in den Beschlüssen des Nürnberger Parteitags „die Gefahr einer Herrschaft der Technik ... über den einzelnen Menschen" an die Wand gemalt und die „Technisierung" denunziert, sie führe „zur Gefahr der Verplanung des Menschen". Kaum ist man das los, kann man mühelos und vor allem gefahrlos für das Monopolinteresse die „Grundwerte des sozialistischen Wollens" strapazieren, ohne dabei auch nur in die Nähe der Frage nach den Besitz- und Machtverhältnissen zu kommen. Die Alibifunktion des „Dämon Technik" hat einmal mehr geklappt.

Wie gut sich der technologisch-optimistische und der kulturpessimistische Zweig der Futurologie im Grunde miteinander vertragen, zeigt ihr Ineinanderfließen in der massenmedialen Vermittlung, in der science-fiction-story mit der kosmisch erweiterten Führergestalt des Perry Rhodan, in den einschlägigen Comic-strips, im Zukunftsfilm vom Typ „Raumkreuzer Orion" usw. Perfekte Technik ist hier allemal Vernichtungstechnik. Die überlegene Organisation ist diktatorisch strukturiert. Die Untermenschen, eher schon Unterroboter, können froh sein, überhaupt noch von den Übermenschen, von den Eliten befehligt zu werden. Wie sollten sie sonst den Feind – wenn von dieser Welt, dann östlichen Dialekt sprechend und schlitzäugig – fertigmachen?

Was man auf höherer wissenschaftlicher Ebene so unverblümt kaum mehr sagt, weil die Spuren des Faschismus doch in etwa noch schrecken könnten, hier im Trivialbereich ist der ganze alte Spengler-Mythus wieder voll da. Hier gibt es „noch einmal echte Raubtiere, deren Seelenkraft nach der Unmöglichkeit ringt, die Übermacht des Denkens, des organisierten künstlichen Lebens über das Blut zu brechen..." Hier ist wieder „ein Wille zur Macht, der aller Grenzen von Zeit und Raum spottet, der das Grenzenlose, das Unendliche zum eigentlichen Ziel hat" – und sich auf dem Weg dahin nebenbei ganze Erdteile unterwirft. Hier hat „die Leidenschaft des Erfinders mit ihren Folgen gar nichts zu tun. Sie ist sein persönlicher Lebenstrieb, sein persönliches Glück und Leiden. Er will für sich den Triumph über schwierige Probleme genießen, den Reichtum und Ruhm, den ihm der Erfolg einbringt. Ob seine Erfindung nützlich oder verhängnisvoll ist, schaffend oder zerstörend, das ficht ihn nicht an..." – und was die Massen angeht, so müssen sie die Folgen hinnehmen, wie sie auch sind. (Oswald Spengler „Der Mensch und die Technik", Seite 64–72)

Blut, die verantwortungslose blonde Bestie, Reichtum für die Herren und Verachtung für die Massen, ein wütender Irrationalismus – in ihren Trivialformen plaudert die herrschende Ideologie aus, was die Herrschenden insgeheim planen. Sie wollen uns fertigmachen für die Barbarei.

Das Systemverständnis der herrschenden Ideologie und Kultur darf uns nicht dazu verleiten, die Risse und die Brüche, die Gegensätze und die Widersprüche in diesem System nicht mehr zu sehen. Sie müssen mit dem Fortgang der wissenschaftlich-technischen Revolution immer tiefer aufbrechen: im elementaren Erlebnis der Arbeitenden im Betrieb, in der Konfrontation von Wissenschaft und Apologetik an den Hochschulen, im Zusammenstoß der menschlichen Hoffnungen der Massen mit den unmenschlichen Interessen der Superreichen. Die Wirklichkeit verweist die körperlich und geistig Arbeitenden auf die gesellschaftliche Veränderung. Sie werden sie vollziehen unter der Voraussetzung, daß diese Welt ihnen als veränderungsbedürftig, als veränderbar und – im real existierenden Sozialismus – als bereits verändert bewußt wird. Ergreift diese Idee die Massen, wird sie zur materiellen Gewalt.

Die Konvergenztheorie – Rückzugsgefecht und Vorwärtsstrategie

In einer Situation, in der sich nahezu täglich die Beweise für die Veränderungsbedürftigkeit, die Veränderbarkeit und das Verändertsein dieser Welt vermehren, konnten die Herrschenden mit dem alten Waffenarsenal des primitiven und militanten Antikommunismus nicht mehr zurechtkommen. Sie brauchten die Konvergenztheorie. Ihr Wesen ist noch immer mit dem Untertitel des Rostow-Buchs von 1960 am eindeutigsten definiert: „A Non-Communist Manifesto". In der Tat gehen die Thesen und die Absichten der Konvergenztheoretiker nicht auf Annäherung der beiden Weltsysteme, sondern auf Verleumdung, Zersetzung und Liquidation des Sozialismus, auf Stabilisierung, Machterweiterung und globale Herrschaft des Imperialismus. Der Rest ist nur Garnierung, auch und gerade dort, wo sich die Konvergenztheoretiker ganz sachlich und ganz über dem Streit der Parteien stehend gebärden.

Aber haben sie nicht doch mit vielem recht, wenn sie auf die Parallelität moderner technischer Entwicklungen, menschlicher Bedürfnisse, struktureller Veränderungen in der Gesellschaft hinweisen? Natürlich baut man Computer in der Sowjetunion nach den gleichen technischen Prinzipien wie in den USA. Sie werden nur nach verschiedenen Interessen, weil unter gegensätzlichen Besitz- und Machtverhältnissen, programmiert. Und hier herrscht eben nicht Konvergenz, sondern zunehmende Divergenz, und zwar zunehmend, je weiter die wissenschaftlich-technische Revolution voranschreitet.

Das läßt sich sogar bis hinein in die Details solcher Statistiken nachweisen, die unaufgeschlüsselt und damit betrügerisch von den Konvergenztheoretikern strapaziert werden. Auch dafür nur ein Beispiel. An Hand jeder Globalstatistik kann man zeigen, daß jetzt in den USA, ebenso wie in der Sowjetunion, die Zahl der Beschäftigten im tertiären Bereich wächst, und zwar auf Kosten des primären, der Landwirtschaft, und des sekundären, der Industrie. Also: Die Zukunft gehört im Kapitalismus und im Sozialismus dem Dienstleistungsbereich, dem typischen Wachstumsgebiet der Konsumgesellschaft.

Die Sache klingt einleuchtend. Sie hat nur einige Schönheitsfehler. Zum ersten ist entschieden zu bezweifeln, daß die alte Einteilung den neuen Bedingungen im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution überhaupt noch entspricht. Zum zweiten verschleiert die Globalstatistik hinter der Rubrik „Dienstleistungsbereich" haarscharf den Gegensatz, auf den es ankommt. Unterteilt man nämlich den Dienstleistungsbereich in zwei Gruppen, so verkehrt sich die scheinbare Konvergenz zwischen den USA und der Sowjetunion sofort ins Gegenteil. In den USA dominieren Handel und Reklamewesen, Finanzen und Verwaltung sowie Militärwesen. In der Sowjetunion liegen die Wachstumsspitzen bei Schule und Wissenschaft, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, Wohnungswesen, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-techni-

schen Revolution also im wesentlichen in keineswegs unproduktiven, sondern höchst produktiven Tätigkeitsbereichen. Nebenbei gesagt sind das die Prioritäten, die laut Meinungsumfrage von Dr. Krauch, Heidelberg, auch die Bevölkerung der Bundesrepublik für das Investitionsprogramm der Zukunftsaufgaben gesetzt wissen will; nur, in Bonn geschieht noch immer das Gegenteil.

Zu solchen in beliebiger Zahl aufweisbaren „Pannen" der Konvergenztheoretiker kommt noch eine Schwierigkeit. Die alten in der Wolle gefärbten Apologeten des Spätkapitalismus, die in sämtlichen imperialistischen Schlachten des kalten und heißen Krieges ergrauten Helden der westlichen Welt, Kahn, Galbraith, Brzezinski, ziehen nun plötzlich mit der Konvergenzfahne, unter der Losung des „Wandels durch Annäherung" in die Arena. Das muß Mißtrauen erwecken. Auch durch das weißeste Mehl schimmert die schwarze Wolfspfote.

Ist es da nicht ein wahres Gottesgeschenk für den Imperialismus, daß sich just in diesem Augenblick einige Mitentdecker der Konvergenz von links einfinden? Was wunder also, wenn Theodor Prager sich bester Resonanz in den kapitalistischen Massenmedien dafür erfreuen darf, daß er den Fundamentalsatz allen revolutionären Denkens: „Es kommt immer auf den Klassenstandpunkt an" in sein „Konservatives Manifest" verweist („wiener tagebuch" 3/4 1969). Was wunder auch, daß die Bayerische Akademie der Schönen Künste nicht zögert, Ernst Fischer in die Münchner Residenz einzuladen, damit er dort vor noblen Herren und feinen Damen das Apollinische als das (östliche) Prinzip von Zucht und Ordnung und das Dionysische als den (westlichen) Aufbruch des Glücks definiere und in der Verheißung ende: „Vielleicht gehen wir einer neuen Synthese des Apollinischen und des Dionysischen entgegen."

Was wunder schließlich, daß Roger Garaudy nach seinem Beitrag auf der Oktober-Tagung der Katholischen Akademie in Bayern über den warmen Beifall des jesuitischen Chefideologen Rahner für die „marxistische" Entdeckung der „Transzendenz" quittieren darf. Dabei war das noch nicht einmal der Kernsatz. Der beinhaltet Garaudys „neues geschichtliches Gesetz". Es lautet: „Je fortschrittlicher ein Land auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet ist, desto unmittelbarer hängt sein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt von dem der Wissenschaft ab." Und zum Beweis: „In den Vereinigten Staaten übersteigen die Investitionen für die Forschung die Summe aller anderen Investitionen (20 Milliarden Dollar)".

Sollte ein Marxist im Jahr 1969 immer noch nichts von der Forschungsrichtung gehört haben, die in den USA dominiert? Sollte ihm verborgen geblieben sein, daß in diesem Land des großen wissenschaftlichen und damit, laut Garaudy, des großen sozialen Fortschritts die Gelder für die Bekämpfung der Ratten, die in den Slums alljährlich Tausende von Babys totbeißen, gestrichen worden sind, und zwar in einem Aufwaschen mit der Bewilligung weiterer Milliarden für den Massenmord in Vietnam, verübt mit so modernen Produkten der Wissenschaft und Forschung, wie Napalm, chemischen Vernichtungsmitteln, Kugelbomben und Raketen? Sollte Garaudy, falls für ihn der Krieg schon nicht mehr ins imperialistische System, sondern nur noch zu den Betriebsunfällen gehört, auch das nicht erfahren haben, was führende wissenschaftliche Mitarbeiter der NASA anläßlich des Apollo-Spektakels laut genug erklärt haben: daß diese Art Raumfahrt nahezu ausschließlich von nicht-wissenschaftlichen Interessen, von militärischen Absichten und vom Prestigebedürfnis bestimmt wird? Wo bei solcher Lenkung der Forschungsmilliarden der Profit für General Motors, Dupont und die Boeing-Company bleibt, kann man im Aktienindex der Wallstreet nachlesen. Wie davon, und gar noch unmittelbar, der soziale Fortschritt für die schwarzen und weißen Arbeiter der Vereinigten Staaten abhängen soll, bleibt Garaudys großes Geheimnis.

Nein, auch das Generalaufgebot aller rechten und linken Konvergenztheoretiker schafft die Notwendigkeit alternativer Entscheidungen nicht aus der Welt, und nicht aus unseren Köpfen. Diese alternativen Entscheidungen beginnen hier und heute.

Weil wir keine Zeit zu verlieren haben, müssen wir uns mit dem Kampf um die demokratischen Reformen beeilen. Anders versäumen wir den Sozialismus. Unsere Zukunft.

Rezensionen

Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus

Helmut Steiner

Berlin 1967

Der Anteil der Angestellten an den abhängig Beschäftigten in der BRD wächst ständig. Während im Deutschen Reich im Jahre 1907 der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen 82 % betrug und der der Angestellten 11,4 %, hatte sich im Jahre 1965 in der BRD der Anteil der Arbeiter auf 60,8 % verringert, der der Angestellten auf 32,9 % erhöht. Der Anteil der Beamten blieb mit 6,6 % 1907 und 6,3 % 1965 relativ konstant (was auf die Zerstörung des faschistischen Staatsapparates 1945 zurückzuführen ist), steigt aber seit ca. 1950 wieder.

Drei Ursachen sind für diese Entwicklung verantwortlich:

1. Mit der Konzentration der Produktion und der industriellen Entwicklung wuchsen die Aufgaben der Lenkung und Leitung des Produktionsprozesses an und wurden verselbständigt: Der Kapitalist, der diese Aufgaben zunächst selbst wahrgenommen hatte, setzte hierfür eine besondere Gruppe von Lohnarbeitern ein (siehe: K. Marx: Das Kapital, I. Teil. In: MEW Bd 23 1., Seite 351).
2. Die fortschreitende technische Entwicklung bringt eine immer weitergehende Teilung der Arbeit mit. Die Aufspaltung früher einheitlicher Aufgaben (insbesondere die Trennung von geistiger und unmittelbar körperlicher Arbeit) führt zur Entstehung neuer Gruppen von Lohnarbeitern mit unterschiedlichem Verhältnis zum Produktionsprozeß (siehe: K. Marx, Theorien über den Mehrwert, I. Teil. In: MEW Bd. 26. 1., Seite 386/387).
3. Der Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Entwicklung des Kapitalismus wird immer unmittelbarer. Durch die Wandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft vergrößert sich die Zahl derjenigen Lohnarbeiter, die auf die wissenschaftliche und technische Planung und Durchführung des Produktionsprozesses spezialisiert sind.

Diese Schichten stellen keinen „neuen Mittelstand" dar, sondern sind objektiv Teil der Arbeiterklasse. Mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion (die 3 angegebenen Ursachen sind Momente davon) erweitert und differenziert sich der Begriff und die Realität des Lohnarbeiters: „Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen." (K. Marx: Das Kapital aaO, Seite 531). Die Folge ist: einerseits gruppiert sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung die Gesellschaft immer stärker um die beiden Pole Kapital und Arbeit, andererseits schafft die kapitalistische Entwicklung selbst immer neue Schichtungen und Differenzierungen innerhalb der beiden Hauptklassen. Insofern kann auch nicht von zwei Arbeiterklassen, einer primären, produzierenden und einer sekundären, dienstleistenden Arbeiterklasse gesprochen werden (H. G. Helms: Fetisch Revolution, Neuwied und Berlin 1969, Seite 151 ff). Es handelt sich vielmehr um verschiedene Gruppierungen, Schichten innerhalb einer einheitlichen Klasse.

Die Entwicklung eines ihrer objektiven Lage entsprechenden Bewußtseins stößt bei den Angestellten auf größere Hindernisse als bei den Arbeitern. Wichtige Gründe hierfür sind:

1. Die objektive Differenzierung der verschiedenen Funktionen bedingt unter der kapitalistischen Form der Arbeitsteilung auch konkrete Sonderinteressen innerhalb der Arbeiterklasse.
2. Sozialhistorische Besonderheiten und damit verbundene Traditionen (die Angestellten standen zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung der Bourgeoisie nahe und konnten gelegentlich zu ihr aufsteigen) behindern die Entwicklung von Klassenbewußtsein.
3. Die herrschende Klasse setzt mit ihren ideologischen Angriffen an diesen objektiven Differenzen, an den realen (allerdings klassenmäßig beschränkten) Aufstiegschancen an, um falsches Bewußtsein zu erzeugen.

Eine eingehendere Analyse dieser Mechanismen, die die Erkenntnis der eigenen objektiven Lage der Angestellten erschweren, steht noch aus. Das vorliegende Buch liefert sie nur ansatzweise.

Kurt Bayertz

Demokratisierung oder Demontage? – ein Prager Handbuch von Jiri Hájek. Damnitz-Verlag, München 1969.

Diese Darstellung des tschechischen Literaturwissenschaftlers und Chefredakteurs der Zeitschrift „tvorba" zielt auf eine marxistische Einschätzung der Ereignisse in der ČSSR ab, sie geht von den langfristigen Ursachen der Krise aus und konzentriert sich dann vor allem auf die Stellung der Intellektuellen im und zum sozialistischen Staat. In Hájeks Schilderung fällt besonders die jahrelange und hoffnungslose Isolierung auch der marxistisch denkenden Intelligenz von der Arbeiterpartei ins Auge. Je aktueller sie wird – etwa vom Januar 68 an – gewinnt die Darstellung an Breite und an einer Entschiedenheit, in der die Schärfe des politischen und ideologischen Kampfes in der ČSSR widerscheint.

Hájek prüft nicht nur Ansichten, sondern auch ihre politische Wirksamkeit. Damit wird die Politik der KPČ zum zweiten Hauptgegenstand seiner Untersuchung. Aus dem Aktionsprogramm der Partei werden kritisch die Punkte angemerkt, die kompromißlerisch und verschwommen formuliert sind; gleichzeitig wird das Programm als möglicher – nur von der Initiative der Rechten schon überholter und überspielter – Ansatz für eine konstruktive sozialistische Praxis gewertet. Als entscheidenden Grund für die schließliche Handlungsunfähigkeit der Parteiführung, für ihre Isoliertheit von den Massen und selbst von der Basis der eigenen Partei sieht Hájek, daß die KPČ es versäumte, sofort nach dem Januarplenum 68, als die publizistische Rechte noch keine wirklichen Machtpositionen innehatte, die Arbeiter für die positiven Beschlüsse des Plenums zu mobilisieren. Dadurch lieferte sie sich der Manipulation durch die Massenmedien aus und manövrierte sich schließlich in die völlige Abhängigkeit von ihnen hinein.

Zur genaueren Einschätzung der rechten Kräfte prägt Hájek den Begriff einer „Großen Koalition" aus traditionell antikommunistischen Gruppierungen und revisionistischen Intellektuellen: Nachdem beide Kräfte anfangs nebeneinander operierten, jede von ihrer spezifischen Tradition und Sichtweise her – die erste mit offen antisozialistischen Parolen aus dem Untergrund, die zweite als besondere Interessenvertretung der Intellektuellenschicht – änderten sie nach dem Maiplenum der KPČ 1968 ihre Taktik.

Angeleitet von einem Anonymus in der tonangebenden rechten Zeitung „Literární listy" stellten die plumpen Antikommunisten ihre gesonderte Tätigkeit ein, und die Intellektuellen gingen von einer ständischen zu einer nationalistischen Argumentation über. Gleichzeitig richtete sich ihr Interesse nun weniger auf die augenblickliche Anerkennung der neugebildeten rechten Organisationen als einer legalen Opposition, sondern die Massenmedien forderten in diesem Moment dazu auf, die KPČ erst selbst an den Rechtskurs zu binden, damit der spätere Umbau des politischen Systems sichergestellt werde. Gelegenheit dazu bot sich bei der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der KPČ. Hájek stellt fest, daß die vielbeschworene „Einheit" der politischen Kräfte im Juli-August 68 ihre Wurzel in dieser „Großen Koalition" hatte. – All den Diskussionspartnern in der Bundesrepublik, die achselzuckend darauf bestehen, man solle ihnen doch den Club finsterer antikommunistischer Verschwörer zeigen, damit sie an eine Gefahr für den Sozialismus in der ČSSR im Jahre 1968 glauben könnten, sollte man die entsprechenden Artikel der „Literární listy", die die Notwendigkeit der Koalition begründen und ihre strategischen wie taktischen Ziele skizzieren, ausführlich nahebringen.

Der realen Lage entsprechend, bleiben manche Fragen in Hájeks Buch ungelöst. Dazu gehört auch eine auf den Verhältnissen des Landes beruhende Neubestimmung der Beziehungen von Arbeiterpartei und Intelligenz. Hájeks Begriff einer „Intellektualisierung" von gesellschaftlichen Institutionen und Formen des Parteilebens erscheint problematisch, mindestens mißverständlich, wenngleich der Kontext andeutet, daß es ihm darum geht, die Wissenschaft bei der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse anzuwenden und eine praktische Verbundenheit zwischen Arbeitern und Intellektuellen zu schaffen. Nur eine detaillierte Aufgabenstellung, erarbeitet auf der Grundlage einer umfassenden Analyse durch die Arbeiterpartei selbst, kann hier weiterhelfen.

Autorenkollektiv, Handbuch für Arbeiter und Angestellte zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis, erarbeitet durch das Institut für Marxistische Studien und Forschungen, herausgegeben von Heinz Jung und Heinz Schäfer.

Die „Kaderschmiede" (Publik) der westdeutschen Kommunisten hat ein Buch vorgelegt, das in vielerlei Hinsicht nicht nur das Interesse des Verfassungsschutzes verdient. Schon sein Zustandekommen zeigt die neue Qualität, die kommunistische Praxis auf theoretischer Ebene erlangt hat. Mitgearbeitet haben an diesem Buch mehr als 60 Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Studenten und Wissenschaftler, und zwar nicht nur Mitglieder der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Diese Kombination verhalf zwei Fehler zu vermeiden: den einer positivistischen Enzyklopädie oder aber eines marxistisch-leninistischen Wörterbuches der „Großen Politik" auf der einen, den eines rein praxisbezogenen, keine gesellschaftlichen Alternativen vermittelnden Handwerkelerheftes auf der anderen Seite. Beginn und Ende, „Akkord bis Zetkin, Clara" weisen den Rahmen und den Inhalt. Mit diesem Buch kann der Genosse im Betrieb über gesetzliche Urlaubsregelung ebenso aufklären wie über die Rolle der sozialistischen Staatsmacht, vermag der SDAJ-Genosse dem Revolutionär der Phrase ebenso zu erklären, warum er Trotzkist und damit Links- und Rechtsopportunist in einem ist, erfährt der Kumpel in der Zeche, wie eine Wandzeitung im Betrieb gestaltet werden kann und welche Ursachen die Zechenkrise hat, welche Demonstrationsformen im Betrieb es gibt und wie sie sich in der Geschichte der Arbeiterbeweung bewährt haben.

Es bietet Material für den „Kampf ums Teewasser" ebenso wie für den um die „politische Macht". Und zwar in einer Sprache, die durchgängig verstehbar ist, ohne unwissenschaftlich zu werden. Mager nimmt sich dagegen die Kritik aus, deren Berücksichtigung bei einer 2. Auflage das Buch noch verbessern könnte. So fällt auf, daß unter den revolutionären Arbeiterführern zwar Bebel und Singer, nicht aber Thälmann und Ulbricht erwähnt sind. Auch erscheint es nicht richtig, die Kommunistische Partei unter den „Parteien" mit abzuhandeln, ist sie doch mit allen bisherigen Organisationsformen sowohl der herrschenden Klasse als auch der Arbeiterbewegung nicht zu vergleichen. Organisationsstruktur und Zielsetzung der Partei, Verhältnis zu den Gewerkschaften etc. sollte gesondert behandelt werden. Auch eine Übersicht linker Zeitungen mit Preis, Erscheinungsmodus und inhaltlicher Charakterisierung sollte hinein, ebenso weiterhelfende Literaturhinweise.

Vor diesem Buch wird gewarnt werden! Die Schutzorganisationen der Großindustrie werden in ihren obskuren internen und in ihren öffentlichen Organen auf Sauberkeit der Betriebe von diesem Buch drängen. Schuldirektoren werden beim Anblick des roten Schutzumschlages nicht mehr beruhigt an die Mao-Bibel denken können. Am wichtigsten wird das Buch jedoch für die gewerkschaftliche und betriebliche Schulungsarbeit werden. Dort wird es am meisten gebraucht, dort wird es seinen Charakter als Waffe gegen Imperialismus und Revisionismus am ehesten beweisen. – led –

apo-press

Informationsdienst für die außerparlamentarische Opposition in Köln
apo press bringt Beiträge und Informationen aus allen Gruppen und Fraktionen innerhalb der Linken.
apo press erscheint monatlich. Jahresabonnement DM 6,–
Bestellungen an: apo press, 5 köln 91, postfach 910397
Ich bestelle den Informationsdienst apo press vom: ..... an bis auf Widerruf.
Den Abonnementspreis von DM 6,– überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto 130141 (Sonderkonto Jürgen Laimer).
Name:
Ort:
Straße:

Claude Prévost, Les étudiants et le gauchisme (Die Studenten und der Linksradikalismus), Paris 1969, Editions Sociales, 190 Seiten.

In den Grundzügen bereits unmittelbar nach den Mai-Ereignissen veröffentlicht, nimmt die Broschüre von P. eine Ergänzungsfunktion zu Laurent Salinis „mai des proletaires" (in Vorbereitung b. Vlg. Marxistische Blätter u. d. Titel „Frankreichs Arbeiter – Mai 1968") ein, wobei es gilt, die Inhalte und Ursachen des studentischen Linksradikalismus (= gauchisme) zu untersuchen.

Im ersten Abschnitt zeigt P. Themen und Mythen der studentischen kleinbürgerlichen Ideologie auf, wie sie sich während der Mai-Ereignisse geäußert haben. Wir kennen die Parolen: „kreative Gewalt", „Spontaneität", „Konsumgesellschaft", „Entfremdung", „Große Verweigerung", „die Macht liegt auf der Straße!", „Krieg den Institutionen" etc.

Durchgängigster Zug dieser „noch unreifen und unerfahrenen Bewegung" ist dabei ihr Anarchismus (vergleichbar eher dem des vorigen Jahrhunderts als dem des SDS 66–68). Es zeigt sich dabei, daß die französische Studentenbewegung z. Z. des Mais zwar mit dem Anspruch auftrat, die Avantgarde der ausgebeuteten Klassen zu sein, ideologisch und praktisch aber noch z. T. auf der Stufe des Surrealismus und Existenzialismus stand, ihre Theorie lieber bei Breton, Sartre usw. holte als bei Marx (oder gar Lenin). Unter gänzlich anderen Bedingungen (als in der BRD), in Anbetracht des Bestehens einer starken Kommunistischen Partei, einer klassenkämpferischen Gewerkschaft (und somit einer realen sozialistischen Perspektive als Ergebnis eines fortschreitenden Demokratisierungsprozesses unter Führung der Arbeiterklasse), konnte der anarchistische Zug des Linksradikalismus, als letzte Rettung der kleinbürgerlichen Massen (und des Lumpenproletariats) vor den Realitäten und als provokatorisches Mittel der Reaktion, eine noch nie dagewesene Massenbasis besonders unter bis dahin weitgehend unpolitischen Studenten bekommen. Wenn P. im zweiten Teil die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Umwälzung nur am Rande streift, so wird doch deutlich, daß in Frankreich der „Deklassierungsprozeß" der Mehrheit der Studentenschaft (vgl. Rote Korrespondenz Extra 6) unvergleichlich offener und „explosiver" vor sich geht als hierzulande. Der Kampf der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse um die Intelligenz gewinnt dabei immer größere Bedeutung. Die im Anhang abgedruckten Dokumente der KPF und der CGT aus den Mai-Tagen mit Stellungnahmen zur Studentenrevolte zeigen die realistische Einschätzung und auch die Sympathie der Arbeiterorganisationen für die Studentenbewegung, die, will sie zu einer realen Veränderung beitragen, aber unbedingt der Kritik und der Führung durch die Arbeiterklasse bedarf.

Für das Verständnis der Mai-Ereignisse und der Haltung der KPF zur Studentenrevolte unbedingt zu empfehlen. P. Sch.

KONSEQUENT-Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis, Nr. 1 (Dez. 69). Hrsg. v. Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (1 Berlin 37, Teltower Damm Nr. 23).

Eine neue Westberliner Studentenzeitschrift ist erschienen – aber sie hat nur wenig gemein mit dem Rote-Presse-Korrespondenz-Kartell der Linkssektierer. Zur Konzeption: „Aufgabe der Zeitschrift KONSEQUENT soll es sein, die politischen Themen, die an der Universität in der Diskussion sind oder in die Diskussion gebracht werden müssen, vom Standpunkt konsequent marxistisch-leninistischer Kritik zu bearbeiten ... Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..." In Anbetracht des verschärften Klassenkampfes in Westberlin und des scheinbar unüberwindlichen Antikommunismus an allen Fronten, kann man diesem Versuch der Berliner Genossen, mittels KONSEQUENT auf die universitäre Praxis verstärkt Einfluß zu nehmen, nur voll unterstützen.

In dem vorliegenden ersten Heft finden wir folgende Artikel: W. Schmidt: Lenin studieren! (Arbeiterkontrolle – gegen Mitbestimmung?, Parlamentarismus, Syndikalismus und Organisationsspielerei); W. Gukelberger: Zur Organisationsfrage der Westberliner Studentenschaft nach dem neuen Hochschulgesetz (antimonopolistische Hochschulpolitik, Studentengewerkschaft); W.-D. Gudopp: Elemente des „linken Antikommunismus". Mal eine Zeitschrift, die nicht nur nicht bekämpft, sondern von den marxistischen Studenten in der BRD gelesen und diskutiert werden sollte! P. Sch.

Dokumente

Politbüro der FKP zu Garaudy

Das Politbüro der FKP hat sich von den Ansichten distanziert, die Roger Garaudy in seinem neuesten Buch „Die große Wende des Sozialismus" vertritt. Ein entsprechendes offizielles Kommunique vom 19. Dezember (abgedruckt in Humanité) hat folgenden Wortlaut:

Roger Garaudy hat soeben ein neues Buch mit dem Titel „Die große Wende des Sozialismus" veröffentlicht. Dieses Werk legt ideologische Ansichten dar und entwickelt eine politische Plattform, die im Gegensatz zu denen der Französischen KP stehen.

Wie vor jedem Parteitag üblich, hatte das Zentralkomitee beschlossen, eine allgemeine Diskussion zu eröffnen. Diese Diskussion wird in der ganzen Partei auf der Grundlage des Entwurfs der Thesen geführt, den das Zentralkomitee annahm. Die zentralen Organe der Partei veröffentlichten eine Tribüne der Diskussion.

Roger Garaudy, Mitglied des Politbüros, hat das Recht, in dieser Diskussion seine Meinung zu äußern. Der Generalsekretär der Partei, Waldeck Rochet, lud ihn auf der Tagung des Zentralkomitees am 13. und 14. Oktober dieses Jahres dazu ein, als er sagte: „Ich wünsche im Namen unseres Politbüros, daß Garaudy seine Haltung ändert, das heißt, daß er die Politik der Partei verteidigt und wie alle Funktionäre und die Mitglieder der Partei teilnehmen möge an der Vorbereitung des XIX. Parteitags im Rahmen der Prinzipien, die die Partei leiten, und der Regeln ihres Statuts."

Aber Roger Garaudy, der es abgelehnt hat, an der kollektiven Ausarbeitung des Entwurfs der Thesen für den XIX. Parteitag durch das Zentralkomitee teilzunehmen, wählte ein anderes Mittel, um sich auszudrücken.

Die reaktionären Kräfte, bemüht, die Volksbewegung gegen ihre Politik zu hemmen, bedienen sich aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel – Staatsmacht, Rundfunk, Fernsehen usw. –, um ihre antikommunistische Kampagne zu intensivieren. In diesem Moment legte Roger Garaudy eine bedeutsame Etappe der langen Entwicklung zurück, die ihn vom wissenschaftlichen Sozialismus trennt, indem er sein Buch veröffentlichte; die ORTF (staatliche französische Rundfunk- und Fernsehanstalt) bemühte sich seit dem 4. Dezember eilfertig, ihm die Möglichkeit zu bieten, es lang und breit vorzustellen.

Dieses Buch bringt eine durchgehende Linie zum Ausdruck, die das Zentralkomitee bereits auf seiner Dezembertagung in Champigny, wo das Manifest „Für eine fortgeschrittene Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich" angenommen wurde, einmütig zurückgewiesen hatte.

Roger Garaudy schlägt der Partei unumwunden vor, ihre Strategie und Taktik zu ändern. Er stützt sich dabei auf eine Analyse des Charakters unserer Epoche, die unter formalen Bezugnahmen auf Marx und Lenin eine grundsätzliche Revision der Konzeption verdeckt, die der historische Materialismus von ihr hat. Diese Analyse beruht auf einer extremen Unterschätzung der Produktionsverhältnisse, die eine sehr übersteigerte Ansicht über die Natur, die Rhythmen und die Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution nach sich zieht.

Auf dieser Basis schlägt Roger Garaudy den faktischen Verzicht auf den Klassenkampf vor. Er bestreitet die Rolle der Arbeiterklasse, die er als führende Kraft der politischen und sozialen Bewegung durch einen „historischen neuen Block" ersetzt. Er geht so weit, Ziele zu stellen, die nicht darin bestehen, gegen die Ausbeutung und den Imperialismus zu kämpfen, sondern zu „wirken im Sinne eines finalisierten Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, eines demokratisierten Sozialismus in der Sowjetunion, der Suche nach neuen Kriterien und Methoden der Entwicklung in der Dritten Welt".

Indem er die Perspektive der fortgeschrittenen Demokratie, die zum Sozialismus führt, mit Stillschweigen übergeht, widersetzt sich Roger Garaudy einer realen Politik der Einheit der Arbeiter- und demokratischen Kräfte, die sich auf die effektiv vorhandenen Klassenkräfte und ihren politischen Ausdruck stützt.

Diese Konzeptionen enden bei der erklärten Ablehnung der leninistischen Prinzipien der Kommunistischen Partei. Der demokratische Zentralismus, die ideologische Einheit, die Einheit von Beschluß und Aktion werden aufgegeben. Zum erstenmal wird offen der Verzicht auf den dialektischen und historischen Materialismus als universelle Methode und Weltanschauung, als philosophisches Fundament der Partei dargelegt.

Statt wie die ganze Partei zu versuchen, die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu verteidigen und zu festigen, gibt sich Roger Garaudy einer offenen und unzulässigen Aggression gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion und zahlreiche andere Bruderparteien Europas und Lateinamerikas hin, damit ein weiteres Mal die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und die Beschlüsse des Zentralkomitees verletzend. Angesichts der Erfordernisse der modernen „großen Veränderung", wie er es nennt, stellt er den Kapitalismus und den Sozialismus auf eine Stufe, reserviert letzterem aber, da er sich das Ziel stellt, ihn zu verändern, den größten Teil seiner Attacken.

Er verurteilt die gesamte Periode des Aufbaus des Sozialismus, von dem er nur dunkle Seiten sehen will, und behält von den Erfahrungen der Arbeiterbewegung nur die raren Elemente bei, die ihm seine Themen zu rechtfertigen scheinen.

Roger Garaudy lanciert schließlich einen Appell, im internationalen Maßstab ein revisionistisches und spalterisches Unternehmen zu führen. Er ruft zu diesem Zweck zu einer internationalen Übereinkunft all derer auf, die sich der Linie der kommunistischen und Arbeiterbewegung widersetzen, und fordert die Gründung durch sie.

Das sind die wesentlichen Züge der von Garaudy dargelegten Plattform. Das Politbüro, überzeugt, daß die ganze Partei diese Linie zurückweisen wird, wird darüber wachen, daß die demokratische Diskussion in der gesamten Partei auf der Grundlage des Entwurfs der Thesen fortgesetzt wird. Der XIX. Parteitag wird die Linie der Partei annehmen, der Durchführung ihrer Politik neuen Impuls verleihen und die Einheit ihrer Reihen und ihrer Führung festigen.

Rede vor Studenten über Parteidisziplin

Armando Hart-Davalos

Armando Hart-Davalos ist Organisationssekretär und Mitglied des Politischen Büros des ZK der KP Kubas. Die Rede, aus der wir hier einen kurzen Auszug bringen, hielt er vor Parteimitgliedern der Humanistischen Fakultät der Universität in Havanna.

Der Prozeß des Aufbaus einer Parteiorganisation an der Universität ist – wie überall, aber hier besonders – ein mühsamer Prozeß, voller Schwierigkeiten. Und er ist auf dieser Fakultät noch komplizierter als an irgendeiner anderen Schule.

Es ist bekannt, daß dem Aufbau einer Parteiorganisation eine gründliche politische und ideologische Diskussion vorausgehen muß; wenngleich die Frage der Ideologie auf jeder Arbeitsstätte von großer Bedeutung ist, so ist sie an der Universität und an der humanistischen Fakultät womöglich noch wichtiger; hier wo jede Aktivität mit Ideologie, mit der revolutionären, moralischen, politischen und wissenschaftlichen Entwicklung unserer jungen Universitätsstudenten eng verbunden ist. Zwei Aspekte sind hier wichtig. Erstens: die durch die Erfahrung gewonnenen Methoden des Aufbaus der Parteiorganisation, und zweitens: die ideologische und politische Ausrichtung der Parteiarbeit an den Schulen.

Dieser Prozeß des Parteiaufbaus bringt jedoch eine Gefahr mit sich, nämlich, daß einige jener, die auf der Fakultät zu Parteiaktivisten wurden, sich als eine Art Führer der gesamten Intellektuellenarbeit, als die Repräsentanten der Revolution auf intellektuellem und auf kulturellem Gebiet betrachten.

Wir müssen aber um jeden Preis vermeiden, bei der Einschätzung der Genossen in Subjektivismus zu verfallen. Jeder von uns ist bei der Beurteilung eines Genossen dieser Gefahr ausgesetzt. Es ist eine ermutigende Erfahrung, daß wir beim Aufbau der Parteigruppe alle Fragen, die mit der Revolution und mit der Parteilinie zusammenhängen, sowie bei der Bekämpfung jeden Trends, der die Universitätsarbeit schädigt, in breiter, offener, ernsthafter Diskussion unter Massenbeteiligung erörtert haben. Das ist es, was die Stärke der Partei ausmacht.

Oft wird die Frage gestellt: Was ist die Partei? Kurz gesagt: Die Partei ist die Gruppe von kämpferischen Aktivisten. Es gibt da eine formale Auffassung und andererseits das wirkliche Konzept dessen, was die Partei darstellt. Die Partei ist keine abstrakte, metaphysische oder formalistische Körperschaft; sie ist vielmehr eine Gruppe organisierter Männer und Frauen mit dem Willen zu kämpfen und die revolutionären Ideen zu verteidigen. Das ist die Partei. Aber welcher Geist charakterisiert sie und welche Richtlinien sollte sie in ihrer Arbeit, besonders an dieser Universität befolgen?

Wenn Ihr von der Partei sprecht, müßt Ihr in den Kategorien von Arbeit, Opfer, Gerechtigkeit und gemeinsamer Anstrengung der Männer und Frauen denken, die die Partei bilden. Dieser Geist ist es, der die Partei und die Revolution stark macht, mit dem Haß gegen alle Ideen, die gegen die Revolution, gegen Sozialismus und Kommunismus gerichtet sind. Das soll das Charakteristikum der Partei sein.

Kampf gegen die Schwächen, aber nicht gegen die Menschen

Wir müssen hier auf Schwächen der Arbeit an den Universitäten hinweisen, welche die Partei bekämpfen muß. Hier gibt es Männer und Frauen mit revolutionären Tugenden aber auch mit Schwächen. Wir müssen – getreu den Richtlinien Fidels – einen unnachgiebigen Kampf gegen die Schwächen, aber nicht gegen die Menschen führen. Das ist eine fundamentale Richtlinie in der gesamten Arbeit unserer Partei: Kampf gegen die Schwächen, aber nicht gegen die Menschen. Wenn wir dieses Prinzip nicht anwenden, laufen wir Gefahr, in Sektierertum, Dogmatismus und Subjektivismus zu verfallen.

Wir müssen die Schwächen kennen, die wir zu bekämpfen haben und wissen, daß bei jeder menschlichen Tätigkeit die Möglichkeit von Deformationen besteht. Auch bei intellektueller Betätigung. Und die Aufgabe von Revolutionären und Kommunisten ist es, die Schwächen, zu denen eine bestimmte menschliche Tätigkeit führen kann, zu studieren und unablässig gegen sie anzukämpfen; nicht um des Kämpfens willen, gegen sie ankämpfen in überlegter, organisierter Art und Weise, aber gegen sie ankämpfen. Es besteht immer die Gefahr, daß Intellektuelle in Individualismus verfallen, in eine passive Haltung, die von außen beobachtet, statt einer dynamischen, schöpferischen Haltung.

Intellektuelle neigen oft zu spekulativem Denken, statt zum Studium der wirklichen Probleme der Gesellschaft. Natürlich konnte die alte bourgeoise Gesellschaft keine humanistische Fakultät brauchen, die ihre Studien auf eine Analyse der wirklichen gesellschaftlichen Vorgänge richtete, denn da hätte sie gegen sich selbst konspiriert. Sobald aber die Universität mit der Revolution Schritt zu halten hat, wird das Studium der materiellen, ökonomischen, politischen und historischen Prozesse die wichtigste Aufgabe dieser Fakultät und ihrer Studenten.

Disziplin und schöpferischer Geist kein Widerspruch

Ich möchte noch das Thema Organisation der Partei und Disziplin der Partei hervorheben. In welcher Beziehung steht diese Disziplin zu intellektueller Arbeit? Es besteht nämlich die Gefahr, daß nicht klar verstanden wird, was revolutionäre Disziplin bedeutet. Als über den Aufbau einer Parteigruppe an der humanistischen Fakultät diskutiert wurde, wurde da und dort die Frage gestellt, ob Parteidisziplin die berühmte „schöpferische Kraft" nicht einschränke. Das ist eine sehr wichtige Frage und wir sollen sie klären. Die Frage ist, ob Parteidisziplin, ob revolutionäre Disziplin wirklich die schöpferische Kraft behindern kann. Da nun die Parteigruppe gebildet ist, wollen wir eines feststellen: wenn irgend jemand glaubt, daß Disziplin gegenüber der Revolution, daß Parteidisziplin die schöpferische Kraft einengt, so soll er außerhalb der Partei schöpferisch tätig sein.

Wir leben in einer Zeit, in der die Gesellschaft danach strebt, Lösungen in gemeinsamer Arbeit, in Teamgeist zu erreichen. Und wer organisiert all das und gibt in diesem Rahmen dem einzelnen Kraft und Geist? Was ist dabei das einigende Element? Die Partei. Nicht als formale Körperschaft aufgefaßt, sondern als eine Gruppe von Organisatoren, von Kommunisten, von Revolutionären, die imstande sind, all das zu fördern und zu ermutigen, oder, wie Fidel einmal sagte: als Zement, der das Gebäude, das errichtet wird, zusammenhält.

(aus: IB, Nr. 23/69, Globus Verlag, Wien)

Über das Verhältnis der SEW zur studentischen Bewegung und zur Intelligenz

Auszüge aus dem Referat des Genossen Dietmar Ahrens, gehalten auf der 18. Tagung des Parteivorstandes der SEW
(aus: Die Wahrheit vom 23. 1. 1970)

Unsere Partei hat von Anfang an, gestützt auf objektive Prozesse, Kurs auf die Verbindung mit zahlenmäßig und in ihrer Bedeutung wachsenden Schichten, wie der Studentenschaft und der Intelligenz, genommen. Bereits zu einer Zeit, als überall im universitären Bereich, bei Studenten, im akademischen Mittelbau und bei den Lehrern noch eindeutig reaktionäre Vorstellungen und Verhaltensweisen dominierten, sich aber erste Anzeichen einer, wenn auch von gesellschaftlichen Bezügen noch losgelösten Studienreform-Bewegung bemerkbar machten, wies unsere Partei darauf hin, daß es notwendig sei, den Kampf um universitäre Reformen vor allem inhaltlich zu bestimmen und in den Rahmen des Kampfes um eine echte Demokratisierung der Gesellschaft, um die notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltungen, zu stellen.

Es zeigte sich bald, wie richtig es war, daß unsere Partei immer wieder auf die Erstrangigkeit der Bestimmung der Bildungs- und Wissenschaftsziele gegenüber technokratisch-strukturierenden Maßnahmen hinwies, daß sie den Begriff der sogenannten Wertfreiheit der Wissenschaft einer gründlichen Kritik unterzog und nachweis, daß in Wahrheit unter den Bedingungen der Herrschaft des Monopolkapitals der Wert der Wissenschaft an ihrem Nutzen für die Konzerne und für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems gemessen wird. Demgegenüber sind, stellten wir in unseren Grundsätzen für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform fest, Arbeiterschaft und Intelligenz gleichermaßen daran interessiert, durch ihr Zusammenwirken die Anwendung der modernen Wissenschaft im Volksinteresse zu sichern. Die Wissenschaftler bedürfen dazu heute mehr denn je des Bündnisses mit der Arbeiterklasse, damit ihre Forschungsergebnisse nicht wieder in den Strudel reaktionärer Ziele geraten und vollends zu einem Mittel der Revanche- und Rüstungspolitik degradiert werden.

Die Studentenbewegung machte und macht eine Entwicklung durch, die dadurch gekennzeichnet ist, daß sie von partieller Kritik an bestimmten Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft, von der Abrechnung mit einzelnen „Autoritären", von isolationistischem Gruppenbewußtsein zu einem tieferen Verständnis des Wesens und des Klassencharakters des Imperialismus fortschreitet. Dieser Prozeß, Genossen, vollzieht sich nicht im Selbstlauf. Seine Grundlagen sind sowohl die Erfahrung eigener Kämpfe und auch Niederlagen der studentischen Bewegung, als auch vor allem die geduldige, prinzipielle politische Arbeit der Partei, die die Bewegung der Studenten niemals als eine klassenindifferente Erscheinung ansah, sondern stets als ernsten, in seiner Bedeutung wachsenden Abschnitt des Klassenkampfes. Gleichzeitig ist es so, daß sich die politische Entwicklung der meisten Studenten noch nicht auf der Basis eines ausgeprägten Klassenbewußtseins vollziehen kann. Einmal in Konflikt mit dem System geraten, suchen manche von ihnen nach Lösungsmöglichkeiten, bei denen sie elitäres Bewußtsein kultivieren, bei denen sie zur Arbeiterklasse auf Distanz bleiben können.

Für die Zurückdrängung dieser Tendenz war und ist die Auseinandersetzung von großer Bedeutung, die die Partei mit Ideologen wie Herbert Marcuse geführt hat. Die Partei wies nach, daß die Systemkritik solcher Leute in Apologetik des Spätkapitalismus umschlägt, indem sie die einzige Kraft, unter deren Führung die kapitalistische Gesellschaftsordnung überwunden werden kann, die Arbeiterklasse, abschreiben, und dem untergehenden Kapitalismus Kräfte andichten, die ihn unüberwindlich erscheinen lassen. Gleichzeitig führte und führt die Partei den Kampf gegen, dem Wesen nach, ebenfalls elitäre ultralinke Kräfte, die die Arbeiterklasse zwar „großzügigerweise" nicht ignorieren, in ihr aber ein Objekt studentischer Belehrung sehen, und sie zur Aufgabe ihrer Klassenerfahrung und zum Hinterhertrotten hinter diese „wahren Marxisten" bewegen möchten. Diese Auseinandersetzung ist notwendig, um die Desorientierung subjektiv ehrlicher, aber im Klassenkampf unerfahrener Studenten zu verhindern.

Natürlich versucht die Bourgeoisie mit allen Mitteln, die sich entwickelnde Bewegung unter den Studenten aufzuhalten und sie zurückzudrängen. Sie greift, je nach den Umständen, zum Mittel des Terrors und der Einschüchterung, sie hätschelt elitäres Denken, verleiht sektiererischen Zügen einzelner Grüppchen der Bewegung breite Publizität und stellt sie als charakteristisch für die Gesamtbewe-

Bildung und Macht

ist Punkt II unserer Analyse für ein demokratisches Bildungswesen

Insgesamt enthält die Broschüre Bildung — Gesellschaft — Zukunft acht Punkte zur Demokratisierung des Bildungswesens. Acht Punkte zur Diskussion, Kritik und Verbesserung. Denn diese Broschüre ist ein Entwurf.

Anregungen zur Veränderung sammelt die **DKP**
4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79

Motor des Fortschritts

Entwurf des Jugendpolitischen Programms der **DKP**

Wir wollen diesen Entwurf zum feststehenden Programm machen. Dazu fehlen uns kritische Beiträge und Vorschläge. Wir lassen unseren Motor testen, bevor er in die Serienproduktion geht.

Berichte an die **DKP**
4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79

gung dar, sie versucht vor allem die Arbeiter und die Studenten an der Vereinigung ihrer Bestrebungen zu hindern. Dennoch nimmt der Einfluß der Monopolbourgeoisie auf die studentische Jugend ab. Es zeigt sich, daß unter den Bedingungen der wachsenden Kraft und des Einflusses der sozialistischen Staaten und der Ideen des Marxismus-Leninismus keine noch so ausgeklügelten Manipulationssysteme die Jugend dauerhaft gegen ihre eigenen Interessen mobilisieren können.

Das Monopolkapital stand vor der Notwendigkeit, im Interesse des Profits, der Systemerhaltung und der Systemstabilisierung, bestimmte strukturelle Reformen des Universitäts- und Hochschulwesens vorzunehmen. Ordinariatsfürstentümer reimen sich selbst unter kapitalistischen Bedingungen nicht auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Die Bewegung für eine echte, an den Interessen der Gesellschaft orientierte demokratische Hochschulreform war aber von den vor allem an Systemstabilisierung interessierten Senatsreformern nicht mehr völlig zu ignorieren. So ist zwar das reaktionäre Wesen des Westberliner Hochschulgesetzes eindeutig charakterisiert durch die Zerschlagung der AStA, die sich im Kampf der Studentenschaft das politische Mandat faktisch gesichert hatten, durch das auf die Eliminierung progressiver Kräfte gerichtete Ordnungsrecht, durch die Verstärkung der direkten Einwirkung des bürgerlichen Staates und damit der Monopole auf die Universitäten. Dennoch, Genossen, bieten einige als pseudodemokratische Drapierung gedachte Zugeständnisse, die eine „Befriedung" unter der Studentenschaft begünstigen sollten, die Möglichkeit der Entfaltung progressiver Aktivitäten.

Unsere Partei hat sich nicht, wie anfänglich einige studentische Gruppen, mit der Feststellung begnügt, daß das Universitätsgesetz ein kapitalistisches Gesetz, also ein schlechtes Gesetz sei, sondern sie hat herausgearbeitet, bei Entwicklung welcher Kampfziele und Kampfformen unter den neuen Bedingungen die Möglichkeit bestehe, den Zusammenschluß der demokratischen und sozialistischen Studenten, Assistenten und Professoren gegen die reaktionären Kräfte in Universität und Gesellschaft weiter voranzutreiben und ihren Kampf mit dem der Arbeiterklasse zu verbinden.

Dabei, Genossen, setzen wir uns auseinander mit den systemkonformen Verteidigern des Universitätsgesetzes, denen es um den reibungslosen Ausstoß von manipulierbarem Spezialistennachwuchs geht. Dabei setzen wir uns auseinander mit rechten Kritikern des Universitätsgesetzes, wie den 28 Professoren um Bettermann, die mit dem Instinkt eingefleischter Reaktionäre begriffen haben, daß selbst ein so sehr auf die Bedürfnisse des Monopolkapitals abgestimmtes Gesetz die Möglichkeit der weiteren Formierung der progressiven Kräfte bietet, wenn sie sich von einer im leninschen Sinne revolutionären Strategie leiten lassen, wenn sie revolutionäre Arbeit leisten. Und dabei, Genossen, setzen wir uns auch auseinander mit sich links verstehenden Kritikern des Universitätsgesetzes, die in der Praxis eine liquidatorische Position beziehen und deren ganze Weisheit in dem Wort „Boykott" besteht.

Worin besteht nun die Position unserer Partei, Genossen? Wir haben uns bekanntlich in den letzten Jahren wiederholt mit der „links"opportunistischen Haltung des Desinteresses an bürgerlich-parlamentarischen Organisationsformen und Institutionen, die dem Wesen nach eine Kapitulation vor dem Rechtsopportunismus ist, auseinandergesetzt. Wir haben uns deshalb gegen den Boykott der Universitätspräsidentenwahlen ausgesprochen und uns um das Zusammenwirken demokratischer und sozialistischer Studenten, Assistenten und Professoren bemüht, die gewillt sind, vor allem eine inhaltlich bestimmte, vom Prinzip der Chancengleichheit ausgehende und nicht auf das Monopol-, sondern auf das Volksinteresse ausgerichtete demokratische Umgestaltung der Universitäten kämpferisch durchzusetzen.

Bekanntlich wurde an der Dahlemer Universität mit der Wahl Kreibichs der äußersten Reaktion ein Schlag versetzt und die Möglichkeit erhalten, demokratische und sozialistische Positionen an der Universität auszubauen. Die Bewegung um die Schaffung von Tutorenstellen, mit deren Hilfe die progressive Wissenschaft neue Positionen an der Universität erobern kann, unterstreicht die praktische Bedeutung der Verbindung außerparlamentarischer und parlamentarischer Kampfformen. Die Forderung unserer Partei, daß der Marxismus-Leninismus das Recht der Selbstdarstellung an den Universitäten erhalten müsse, und die marxistische Wissenschaft in ihrer Anwendung auf die konkreten Aufgaben der Gegenwart zu lehren und als Methode der Forschung zu demonstrieren sei, erweist sich als realisierbar, wenn sie nicht als Bitte an Institutionen, sondern als Kampfaufgabe aller progressiven Kräfte verstanden wird. Wenn solche Forderungen zusätzlich Stützpunkte in Institutionen finden, schafft das offensichtlich günstigere Kampfbedingungen, und wir wären Narren, wenn uns günstigere Kampfbedingungen gleichgültig wären.

Die Präsidentenwahlen an der Technischen Universität standen ebenfalls im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen reaktionären, nur auf die konzerndienliche Effektivierung der Universität bedachten Kräfte, und demokratischen und sozialistischen Universitätsangehörigen, die die Produktivkraft Wissenschaft dem gesellschaftlichen Fortschritt dienstbar machen wollen. Obwohl sich an zwei Fakultäten leider die Auffassung unserer Partei über die Nutzung der Wahl zur Formierung der progressiven Kräfte nicht rechtzeitig durchgesetzt hat, ist heute schon offensichtlich, daß die Chancen der Vertreter der äußersten Reaktion auch an der Technischen Universität äußerst gering sind. Im Mittelpunkt steht die Frage der „Voraussetzungen und Ziele von Lehre und Forschung, der gesellschaftlichen Bedeutung und des wissenschaftlichen Zwecks". Das ist zitiert aus der Erklärung eines der Präsidentschaftskandidaten der Technischen Universität.

Wir können feststellen, daß diese Fragestellung, die neben der Frage der Chancengleichheit der Ausgangspunkt unserer Grundsätze für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform war, den Prozeß der Erkenntnis der Identität der Interessen der Arbeiterklasse und großer Teile der Studentenschaft und der Intelligenz zum Ausdruck bringt. Das Universitätsgesetz stellt uns nach der Zerschlagung der studentischen Vertretungskörperschaften vor die Notwendigkeit, eine solche breite Organisationsform zu finden, die die Absicht des Senats durchkreuzt, die studentische Bewegung auf Fakultäten, Fachschaften und Institute aufzusplittern und sie politisch zu atomisieren.

übergreifende Studentengewerkschaft, die Eine solche Organisationsform ist eine sich nicht durch statuarisch fixiertes Sektierertum von der großen Zahl noch nicht sozialistisch orientierter Studenten isoliert, sondern eine politisch breite Schutz- und Kampforganisation ist, die zum Beispiel durch Kampfaktionen das Ordnungsrecht unwirksam machen kann.

Eine solche Organisation wird Studenten gleichzeitig darauf vorbereiten, sich nach der Absolvierung der Universitäten und Hochschulen in den Gewerkschaften mit der Arbeiterklasse zu verbinden und den Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht der Monopole gemeinsam fortzusetzen.

Im Prozeß der Auseinandersetzung mit der undemokratischen, an der Erhaltung des spätkapitalistischen Systems orientierten Hochschulpolitik der Senatsparteien, in der Auseinandersetzung mit elitären „links"opportunistischen Auffassungen, in der Auseinandersetzung mit vielen Spielarten des kleinbürgerlichen, sich revolutionär tarnenden Antikommunismus hat unsere Partei ihre Positionen unter der studentischen Jugend gefestigt und ausgebaut. Das schlägt sich auch nieder im kontinuierlichen Wachstum unserer Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen. Die Partei leistet eine umfangreiche ideologische Arbeit, in die mit den verschiedensten Methoden immer größere Gruppen der Studentenschaft einbezogen werden.

Verschiedene ultralinke Gruppierungen beschäftigen sich in der letzten Zeit vor allem mit sich selbst. Das ruft Enttäuschung und Unzufriedenheit bei nicht wenigen ihrer bisherigen Anhänger hervor, die vorübergehend an eine r a s c h e Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geglaubt hatten.

Man kann nicht übersehen, daß der Prozeß der Erkenntnis der Identität von Interessen der Arbeiterklasse und studentischen Interessen bei noch im Kleinbürgertum verwurzelten Menschen sich äußerst widerspruchsvoll vollzieht. Bei ihnen verbindet sich mit der Loslösung von der kapitalistischen Ordnung vielfach die Loslösung von jeder Ordnung überhaupt.

Wir müssen darauf achten, daß sich die Auseinandersetzung um diese Fragen nicht von dem Ziel löst, um dessentwillen sie geführt wird: die Gewinnung eines großen Teils von Studenten für den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf.

Umseitige Abbildung ist als Plakat (DIN A1, zweifarbig, 3,– DM) bei der Redaktion zu bestellen!

GIFTGAS

in der Bundesrepublik

Wahnsinn!

Die USA lagern Nervenkampfstoffe in der Bundesrepublik. 1 Gramm vernichtet 200.000 Menschen. Raus mit dem Giftgas!

Verbrechen!

B- und C-Kriegswaffenforschung in der Bundesrepublik. Wissenschaftler arbeiten wieder für den Tod. Schluß damit!